

nahua script 1

Blockfreiheit in Nicaragua und Lateinamerika

Machtloses Prinzip oder Chance gegen die US-Intervention?

Zur Ministerkonferenz des Koordinationsbüros der Bewegung
der Blockfreien Staaten in Managua vom 10. bis 14. Januar 1983

Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal
unter Mitarbeit von
Karl-Ludolf Hübener, Michael Rediske, Klaus Fritsche

Die schematisierende Weltanschauung der us-amerikanischen Außenpolitik versucht die sandinistische Revolution in den Ost-Westkonflikt einzuordnen. Aus dieser Sicht ist jeder Befreiungskampf eines abhängigen und unterentwickelten Landes in der Dritten Welt von vornherein Ausdruck einer angeblichen sowjetisch-kubanisch-li-byschen Verschwörung, die Welt mit einem weitgespannten Netz von Subversion und Aufsässigkeit zu überziehen. Sie ist zugleich Rechtfertigung für die Reagan-Administration, die sandinistische Regierung zu destabilisieren und auf ihren Sturz hinzuarbeiten.

Das Ministertreffen des Koordinationsbüros der Bewegung der Blockfreien Lateinamerikas und der Karibik vom 10. bis 14. Januar 1983 in Managua ist daher willkommenes Anlaß, sich mit der Außenpolitik im Konzert der Blockfreien zu beschäftigen und die Rolle dieses Landes

Das am Rande der Konferenz in Managua verbreitete und selbstent-larvende us-amerikanische Dokument - hier mit dem Titel "Die USA führen in keiner Weise einen militärischen Feldzug gegen Grenada" im Wortlaut veröffentlicht - gewinnt im Lichte des "brüderlichen Überfalls" auf Grenada am 25. Oktober 1983 besondere Bedeutung. Schließendlich werden die zuweilen erstaunlichen Hintergründe der Friedensbemühungen der in der sogenannten "Contadora-Gruppe" kooperierenden lateinamerikanischen Staaten aufgedeckt und interpretiert.

Edition Nahua

BLOCKFREIHEIT IN NICARAGUA UND LATEINAMERIKA
Machtloses Prinzip oder Chance gegen die US-Intervention?

Zur Ministerkonferenz des Koordinationsbüros
der Bewegung der Blockfreien Staaten in Managua vom 10. bis 14. Januar 1983

Herausgegeben vom
Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal
unter Mitarbeit von
Karl-Ludolf Hübener, Michael Rediske, Klaus Fritsche

Unveränderter Nachdruck 1984

Erste Auflage 1983

Weiterveröffentlichung mit Quellenangabe und Hergabe von zwei Belegexemplaren
ausdrücklich erwünscht

EDITION NAHUA

Veröffentlichungen zu Mittelamerika GmbH

Postfach 10 13 20

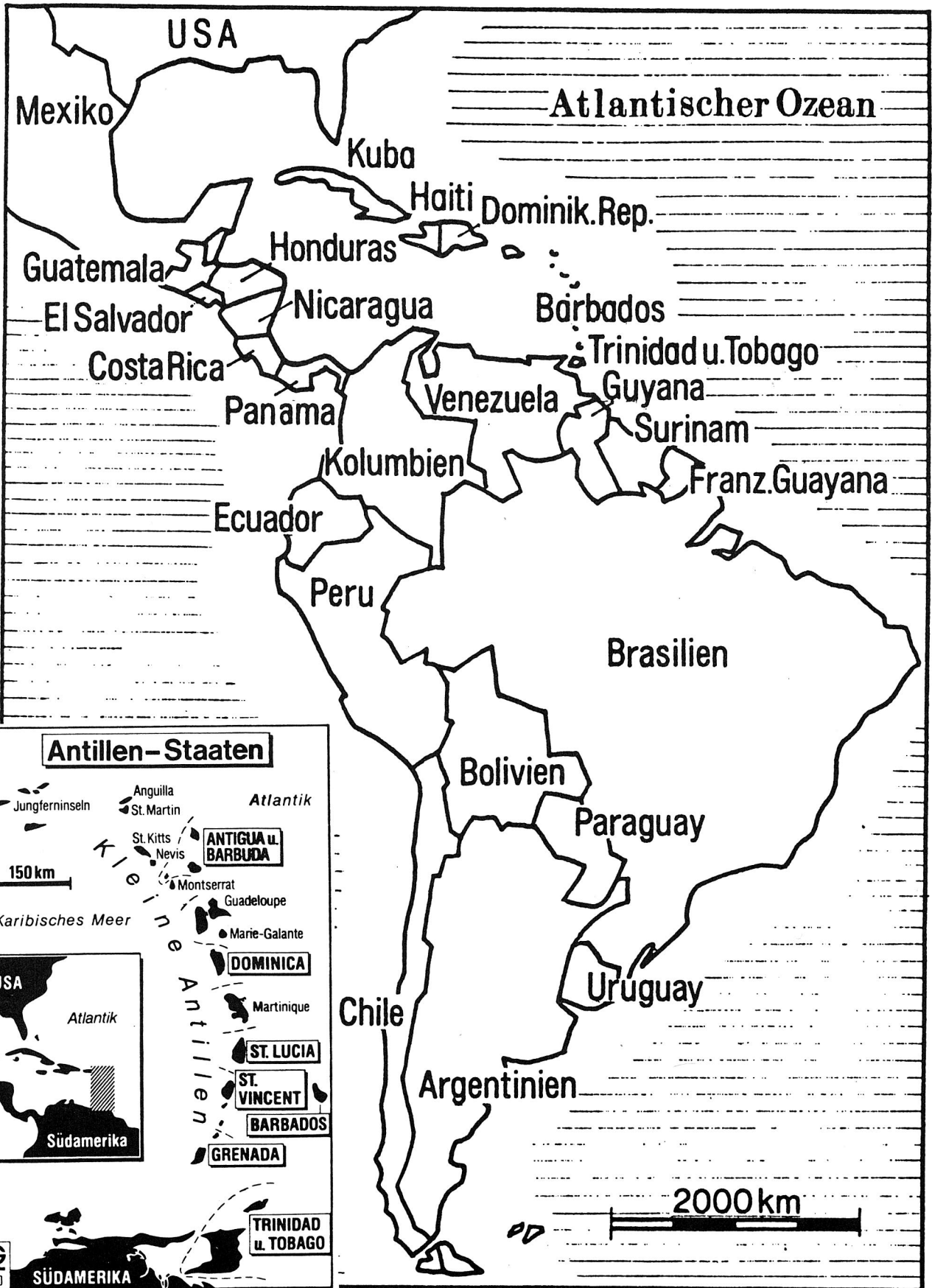
5600 Wuppertal 1

Anfertigung des Scriptes: Ute-Marion Wilkesmann, Köln

Druck: Druckwelle, Friedrich-Engels-Allee 257, 5600 Wuppertal 2

INHALT

	Seite
Vorwort	5
Michael Rediske Nicaraguas Außenpolitik und die Blockfreien	7
Klaus Fritsche Die Bewegung Blockfreier Staaten: Eine Anti-Interventionsbewegung?	13
Karl-Ludolf Hübener Die Contadora-Gruppe	19
Dokumente	
1. Deklaration von Managua (Schlußkommunique)	23
2. "Die USA führen in keiner Weise einen militärischen Feldzug gegen Grenada ..."	
Ein in Managua verbreitetes US-amerikanisches Dokument	35
3. Teilnahme lateinamerikanischer Staaten in der Bewegung der Blockfreien	40
4. Mitgliedskriterien der Bewegung der Blockfreien	41
5. Entwicklung und regionale Verteilung der Vollmitglieder der Bewegung Blockfreier Staaten (1961-1983)	41
6. Behandlung lateinamerikanischer Fragen auf den Gipfelkonferenzen der Blockfreien	42



VORWORT

Jahrzehnte hindurch war die Bewegung der Blockfreien Staaten für die zwischenstaatlichen Konflikte auf dem lateinamerikanischen Subkontinent ohne Bedeutung. So konnten die USA 1961 den Ausschluß des revolutionären Kuba aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) durchsetzen. An dem diplomatischen und wirtschaftlichen Boykott Kubas durch fast alle lateinamerikanischen Länder änderte sich selbst dann nichts, als Kuba längst zu einem der wichtigsten Sprecher in der Bewegung der Blockfreien geworden war.

Erst der Malwinen-Falkland-Krieg 1982 hat dieses Panorama grundlegend verändert. Die Enttäuschung selbst treuer US-Verbündeter - neben Argentinien auch Kolumbien und Venezuela - über Präsident Reagans Unterstützung für den britischen Kolonialkrieg hat seitdem eine Suche nach eigenständigen außenpolitischen Positionen, nach größerer Distanz von Washington und größerer Nähe zu anderen Ländern der Dritten Welt ausgelöst.

Zwar hatte Nicaragua seit dem Sturz der Somoza-Diktatur im Juli 1979 auf die Blockfreien als ein mögliches Gegengewicht zur Vorherrschaft der USA gesetzt und war bereits im September 1979 der Bewegung beigetreten. Aber erst seit dem Malwinen-Falkland-Krieg gibt es konkrete Schritte für eine solche Entwicklung:

- * Nicaragua wird von den Blockfreien in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewählt (Oktober 1982);
- * zum ersten Mal findet eine Blockfreienkonferenz zum Thema "Lateinamerika und Karibik" statt und gibt in Managua eine Unterstützungserklärung für Nicaragua - gegen jede ausländische Intervention ab (Januar 1983), und schließlich
- * ergreifen zwei Vollmitglieder der Blockfreien (Panama und Kolumbien) und zwei mit Beobachterstatus (Mexiko und Venezuela) als sogenannte "Contadora"-Gruppe die Initiative für eine Verhandlungslösung im Zentralamerikakonflikt (August 1982).

Seit der Tagung der Blockfreien in Managua im Januar dieses Jahres sind allerdings auch die Grenzen blockfreier Politik in Zentralamerika in den Vordergrund getreten:

- * Die USA verfolgen als Hauptstrang eine Politik militärischer Lösungen in der Region und blockieren konkrete Ergebnisse der "Contadora"-Verhandlungen.
- * Die US-Regierung hat es vermocht, das Thema "Zentralamerika" aus der UNO herauszuhalten - das einzige internationale Forum, in dem die Blockfreien über eine Mehrheit verfügen.
- * Die Abhängigkeit auch der meisten blockfreien Länder von den USA hat mit ihren riesigen Außenschulden weiter zugenommen. Länder wie Mexiko und Venezuela verlieren damit auch an außenpolitischem Spielraum.
- * Schließlich führt wirtschaftliche Erpreßbarkeit gerade bei kleinen Ländern zu absurd erscheinenden politischen Folgen: An der Invasion des blockfreien Landes Grenada durch US-Truppen haben sich auch Einheiten ostkaribischer Staaten beteiligt, die selber Mitglied der Beobachter bei den Blockfreien sind: Barbados, Dominica, Jamaica und St. Lucia.

Blockfreiheit: ein machtloses Prinzip angesichts einer US-Regierung, die nur pro-westlichen Regierungen das Attribut "echt blockfrei" zugesteht? Oder doch ein mögliches Gegengewicht zu den militärischen Optionen der USA? Die 101 Mitglieder der Bewegung der Blockfreien allein sind sicherlich zu schwach - auch politisch noch zu schwach -, um der Weltmacht entgegenzutreten. Doch gerade für Nicaragua heißt Blockfreiheit als Prinzip mehr. Die Revolution sieht ihre Überlebenschance in einem breiten Bündnis, weit über die Grenzen der Blockfreien hinaus. Ein solches Bündnis schließt Kuba sicherlich an vorderster Stelle mit ein, genauso wie die Hoffnung auf

die Solidarität aller Lateinamerikaner und die Anti-Interventionspolitik der Sozialistischen Internationale. Offensiv vertritt Nicaragua auf allen internationalen Foren sein Recht, auch von den paktgebundenen Staaten wie uns Westeuropäern gegen den Kontrollanspruch der USA politisch geschützt zu werden. Blockfreiheit also als das Recht, den eigenen Entwicklungsweg zu bestimmen - ohne sich von den Großmächten die Bedingungen hierfür diktieren zu lassen. Blockfreiheit als das Recht, auch aus eigenen Fehlern zu lernen, die Bürde der eigenen Geschichte allmählich zu überwinden - ohne sich der Gefahr auszusetzen, daß der "große Bruder" im Norden irgendwann entscheidet, er müsse mit seinen Truppen "Ordnung und Demokratie wiederherstellen". So geschehen auf Grenada am 25. Oktober 1983.

NICARAGUAS AUSSENPOLITIK UND DIE BLOCKFREIEN

Zwei Ereignisse sind es, die dokumentieren, daß die Bewegung der 101 blockfreien Staaten in relativ kurzer Zeit einen der wichtigsten Plätze im Schachspiel der nicaraguanischen Außenpolitik erlangt hat: die Wahl Nicaraguas in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die ohne die massive Unterstützung der Blockfreien undenkbar gewesen wäre, und die Konferenz des Koordinationsbüros desselben Zusammenschlusses im Januar 1983 in Managua, die mit einer deutlichen Unterstützung für Nicaragua gegen die Destabilisierungspolitik der USA endet.

Seit dem Sieg der sandinistischen Revolution verfolgt Nicaragua eine Politik der Integration in die Blockfreienbewegung. Nur zwei Monate nach dem Sturz der Somoza-Diktatur am 19. Juli 1979 wurde das Land auf der 6. Gipfelkonferenz der Blockfreien in Havanna (September 1979) Vollmitglied der Organisation. Doch benötigt die Revolution, um der internationalen Isolierung zu entgehen, in die sie die US-Regierung gerne treiben möchte, mehr als die Unterstützung nur der Dritte-Welt-Länder, die sich explizit außerhalb der Militärbündnisse des Ost-West-Konflikts halten. Auch deshalb hat "Blockfreiheit" als Grundprinzip der sandinistischen Außenpolitik auch mehr bedeutet als die Zugehörigkeit zur gleichnamigen Organisation. Nicht erst seit dem Sieg über Somoza, selbst vorher schon war die Sandinistische Befreiungsfront (FSLN) bemüht, eine möglichst breite Palette von Regierungen zu organisieren und zusammenzuhalten, die ihre Revolution politisch und wirtschaftlich verteidigen würden.

Zu dieser Palette gehörten und gehören neben den Blockfreien die lateinamerikanischen Regierungen der OAS, die Parteien (vor allem die Regierungsparteien) der Sozialistischen Internationale und die Staaten des sowjetischen Blocks. Die Diplomatie, zunächst der FSLN als Befreiungsbewegung, dann der Revolutionsregierung hat dabei immer versucht, dasjenige Podium internationaler Politik in den Vordergrund zu stellen, das in der jeweiligen Situation am meisten Aussicht versprach, zugunsten Nicaraguas das politische Kräftegleichgewicht - vor allem gegen die Feindschaft der in fast jeder Hinsicht haushoch überlegenen USA - aufrechtzuerhalten.

Das am besten geeignete Podium gegen die von Honduras aus gelenkte und durch die US-Geheimdienste finanzierte militärische Aggression sind für die Nicaraguaner derzeit die Vereinten Nationen (warum, siehe unten) - daher die gewachsene Bedeutung der Blockfreien für Nicaraguas Außenpolitik, denn diese stellen rund 2/3 der Mitglieder der Vereinten Nationen, und deren Büro (mangels eines ständigen Sekretariats) nicht zufällig von einer UN-Botschaft übernommen wird - desjenigen Landes jeweils, das gerade den dreijährig wechselnden Vorsitz in der Bewegung innehat. Seit März 1983 ist das Indien.

Die außenpolitische Allianz der FSLN im Befreiungskrieg 1979

Ab 1978, als mit den Volksaufständen im September auch der Weltöffentlichkeit wie den US-amerikanischen Außenpolitikern klar wurde, daß Nicaragua nicht mehr irgendeines von Dutzenden diktatorisch regierter Länder war, sondern daß eine Ablösung der Familiendynastie - in welcher Form auch immer - unausweichlich war, bemühte sich die FSLN neben finanzieller um diplomatische Unterstützung. Ihr wichtigstes Ziel war, eine militärische Intervention - direkt durch die Vereinigten Staaten oder indirekt über eine sog. "Friedenstruppe" der OAS - im vornherein unmöglich zu machen. Willige und potente Partner fanden die Sandinisten damals zunächst in der Sozialistischen Internationale, die seit 1976 Terrain auf dem lateinamerikanischen Kontinent gegenüber den USA zu gewinnen suchte(1). Finanzielle Hilfe kam vor allem aus dem von der Acción Democrática (Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale) regierten Venezuela, während die Nachbarländer Panama (dessen Regierungspartei PRD der SI nahestand) und Costa Rica (zwar konservativ regiert, aber traditionell antisomozistisch eingestellt)

logistische Unterstützung leisteten. Gemeinsam mit Mexiko, das als frischgebackener Erdölexporteur begann, eine von den USA unabhängiger Außenpolitik zu betreiben, bildeten diese Länder den Kern einer schließlich 17 von 25 OAS-Staaten umfassenden Mehrheit, die sich im Mai 1979 den USA entgegenstellten, als diese - um den militärischen Sieg der Sandinisten zu verhindern -, eine panamerikanische Interventionstruppe nach Nicaragua entsenden wollten.

Demgegenüber verzichtete Kuba weitgehend auf diplomatische Hilfe für die FSLN, um die Anti-Interventionsstimmung der OAS-Mehrheit nicht zu gefährden (2). Unter den Blockfreien waren es ansonsten nur einzelne Länder, die wie Libyen und Vietnam der FSLN Unterstützung gewährten, während die Vereinten Nationen, Hauptaktionsfeld der Blockfreien, schon dadurch nicht zum Forum der Auseinandersetzungen werden konnten, weil die FSLN dort keine Redemöglichkeit besaß und der Konflikt von ihr auch bewußt als rein nationaler definiert wurde.

Die Sowjetunion und ihre Verbündeten schließlich hatten es nicht eilig, auf das siegende Pferd zu setzen. Bis fast zum Schluß blieb ihr Mißtrauen gegen eine Befreiungsbewegung erhalten, die zwei Jahrzehnte lang gegen den "friedlichen Weg" der moskautreuen Sozialistischen Partei Nicaraguas (PSN) den bewaffneten Kampf propagiert hatte.

Nach dem Sieg: "Blockfreiheit und Selbstbestimmung als Pfeiler der neuen Außenpolitik"

Der Beitritt zur Bewegung der Blockfreien ist zwar für siegreiche Befreiungsbewegungen fast schon eine Ritualhandlung (zu erklären mit der traditionellen Solidarität der Organisation für alle solche Befreiungsbewegungen, die nicht gegen die Regierung eines Mitgliedslandes gerichtet sind). Dennoch erhält Nicaraguas Beitrittsgesuch, das schon auf der Konferenz im September 1979 einmütig akzeptiert wird, eine besondere symbolische Bedeutung: Mit der Postulierung der drei Grundprinzipien Blockfreiheit, politischer Pluralismus und gemischte Wirtschaft beginnt gleichzeitig das Werben der Revolutionsregierung um eine möglichst weit (nach rechts) reichende internationale Rückendeckung. Daß innerhalb dieses Spektrums die Sympathien der Sandinisten eher bei den Kubanern liegen als bei der Sozialdemokratie oder den westlich orientierten Dritte-Welt-Ländern, wird schon auf derselben Blockfreienkonferenz in Havanna deutlich, die Nicaragua als Mitglied aufnimmt: Mit überraschender Deutlichkeit nimmt die gerade zwei Monate alte Regierung in den wesentlichen Streitfragen (vor allem der Vietnam-Kampuchea-Debatte) für die von den Kubanern angeführte Ländergruppe Stellung.

Auch im folgenden begreift Nicaragua mit seiner langen Geschichte US-amerikanischer Intervention und Invasion die Vereinigten Staaten als den Hauptfeind der Dritte-Welt-Länder und kommt damit der kubanischen Position von der Sowjetunion als dem "natürlichen Verbündeten" der Dritten Welt gegenüber dem Imperialismus zumindest nahe. Während diese Interpretation allerdings nur von knapp einem Dutzend blockfreier Länder vertreten wird, stimmt nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan die große Mehrheit der Blockfreien in der UNO für "den Abzug aller fremden Truppen" und damit indirekt für eine Verurteilung der UdSSR. Nicaragua enthält sich (mit 17 anderen, darunter Indien) der Stimme, jedoch mit einer Begründung, die wiederum die kubanische Argumentation übernimmt (Verteidigung der sozialen Revolution in Afghanistan, Intervention auf Bitten der afghanischen Regierung, Aufruf zu Dialog und politischer Lösung).

Zu den Ländern des sowjetischen Blocks nimmt Nicaragua sofort nach der Revolution diplomatische Beziehungen auf. Die Betonung liegt auf dem symbolischen Akt, die neu-gewonnene politische Souveränität zu zeigen und nicht mehr - wie Somoza - Washingtons Diplomatie zu folgen. Auf wirtschaftlichem Gebiet sind der Zusammenarbeit mit den Ländern des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) zunächst Grenzen gesetzt. Nicaraguas Produktionsstruktur kann nicht so rasch wie diplomatische Beziehungen verändert werden, die Aufnahmefähigkeit der COMECON-Staaten für nicaraguanische

Produkte ist beschränkt, die Transportkosten nach Europa sind hoch, die Devisenknappheit der COMECON-Staaten bildet für Barkredite eine enge Schranke.

Im Politischen gibt es eine gewisse Annäherung erst in dem Maße, wie im Innern das politische Bündnis mit der Bourgeoisie zerbricht, die Vereinigten Staaten Nicaragua zu isolieren versuchen und militärisch von Honduras bedrohen. Angesichts unmittelbarer Notwendigkeiten - militärische Ausrüstung für die Verteidigung zu beschaffen und abnehmende Wirtschaftskooperation mit westlichen Ländern irgendwie zu ersetzen - erhalten auch innerhalb der FSLN diejenigen Auftrieb, die die Theorie vom "natürlichen Verbündeten" ohne Wenn und Aber vertreten. Auch vorhandene Positionen, die ihre Distanz zur Sowjetunion entweder noch aus der Zeit bewahrt haben, als die FSLN gegen die moskau-unterstützte Sozialistische Partei Nicaraguas den bewaffneten Kampf vertrat, oder die die Erfahrungen anderer Lateinamerikaner mit Moskaus Außenpolitik aus der Nähe beobachtet haben (Bolivien, Chile oder Argentinien) (3), können um so weniger Alternativen vorweisen, je stärker Nicaragua von der Reagan-Politik in die Ost-West-Polarisierung hineingetrieben wird.

Eine Ausnahme bilden für Nicaraguas außenpolitisches Bündnissystem heute die Blockfreien. Wenn sie in den ersten zwei Jahren der Revolution eine recht geringe Rolle spielten, dann auch deshalb, weil die Sozialistische Internationale als bevorzugter Bündnispartner zunächst eine Reihe von Vorteilen auf sich zu vereinigen schien: Auf wirtschaftlichem Gebiet versprach sie (über die Mitgliedschaft großer europäischer Regierungsparteien) Zugang zu internationalen und bilateralen Finanzquellen der kapitalistischen Länder. In politischen Fragen konnte sie schnell und wenig bürokratisch auf Anforderungen Nicaraguas reagieren: Mit Missionen prominenter sozialdemokratischer Führer, mit politischen Stellungnahmen ihres Sekretariats oder des "Büros" der engeren Führungsspitze oder mit Sitzungen ihres neu eingerichteten Lateinamerikasekretariats.

Demgegenüber zeichneten sich die Blockfreien durch eine Reihe von Merkmalen aus, die ihre Bedeutung stark in den Hintergrund drängte: Solange Nicaraguas Zugang zu internationalen Finanzorganisationen wie der Weltbank oder der Interamerikanischen Entwicklungsbank noch nicht durch die Reagan-Administration "politisiert" war - sprich: solange noch nicht mit politischen Mitteln gegen einen Wirtschaftsboykott gekämpft werden mußte -, war der Zusammenschluß der Blockfreien mit seinem geringen Stimmengewicht in den Finanzorganisationen (wo jedes Land gemäß dem eingezahlten Kapitalanteil Stimmrecht besitzt) ökonomisch wenig interessant. Bedeutend waren lediglich einzelne Mitgliedsländer, besonders Libyen, das 1980 mit einem 100-Millionen-Dollar-Scheck (sogar ohne vorher ausgehandelte Rückzahlungsbedingungen) in Nicaraguas Zahlungsbilanzbresche sprang.

Politisch war es die heterogene Mitgliedschaft der Blockfreien auf dem lateinamerikanischen Kontinent, die eine einheitliche Unterstützung für Nicaragua zu diesem Zeitpunkt nicht zugelassen hätte (ihrerseits unumgänglich aufgrund des Konsensprinzips, das für alle Stellungnahmen oder Aktionen der Blockfreien gilt). Immerhin war das Mitgliedsland Argentinien mit Militärberatern direkt in die anti-sandinistischen Aktivitäten in Honduras und Costa Rica verwickelt.

Der Malwinen-Falkland-Krieg als Wende

Doch seit 1981 hat sich das internationale Kräfteparallelogramm grundlegend verschoben - zuungunsten wie zugunsten Nicaraguas. Auf Reagans Destabilisierungs- und Boykottpolitik folgte in Nicaragua selbst eine striktere Definition des politischen Kurses - vor allem wurde immer klarer, daß die Prinzipien "politischer Pluralismus" und "gemischte Wirtschaft" nicht so interpretiert wurden, wie es die internationale Sozialdemokratie erhofft hatte (nämlich nicht absolut, sondern im "Rahmen" sandinistischer Hegemonie und staatlicher Wirtschaftsplanung). Die Sozialistische Internationale reagierte jetzt - eher aus ideologischen Gründen denn auf Druck der US-Regierung - immer zurückhaltender mit Solidaritätsbekundungen, und das von ihr gegründete

"Komitee zur Verteidigung der nicaraguanischen Revolution" tagte nur ein einziges Mal nach seiner Gründung. Greifbare Ergebnisse für die FSLN-Regierung brachte das Komitee schon deshalb nicht zustande, weil mittlerweile gerade die in der Lateinamerikapolitik einflußreichen SI-Führer Mario Soares, Felipe Gonzales und Carlos Andres Pérez auf strikte Distanz zu den Sandinisten gegangen waren und die costaricanische Mitgliedspartei PLN gar öffentlich die US-Position gegen Nicaragua unterstützte.

Auf der anderen Seite unternahmen die Vereinigten Staaten seit dem Herbst 1981 immer deutlichere Anstrengungen, einen Block zentralamerikanischer und karibischer Staaten zu bilden, der bereit war, die beiden Hauptziele ihrer regionalen Politik zu unterstützen und international durchzusetzen: die salvadorianische Junta gegen die Befreiungsbewegung der FMLN zu stärken (deshalb die pseudo-demokratischen Wahlen vom März 1982) und die Revolutionsregierung Nicaraguas diplomatisch zu isolieren (und damit einer zu fördernden internen Opposition Rückendeckung zu geben).

Zwei Anläufe unternahmen UNO-Botschafterin Jeanne Kirkpatrick und der Lateinamerika-Unterstaatssekretär Thomas Enders. Doch sowohl die "Comunidad Democrática Centroamericana" (Demokratische Gemeinschaft Zentralamerikas) als auch das "Foro pro Paz y Democracia" (Forum für Frieden und Demokratie) scheiterten mangels Beteiligung. Den USA gelang es zwar, die von Militärs beherrschten Nachbarländer Nicaraguas - Guatemala, El Salvador und das nur formal von Zivilisten regierte Honduras - sowie Costa Rica zum Mitmachen zu bewegen. Entscheidend aber war, daß Nicaragua wichtige Verbündete gewinnen konnte, die statt einer militärpolitischen Einkreisung Nicaraguas eine Verhandlungslösung für ganz Zentralamerika und Ruhe an den Grenzen Nicaraguas wollten. Hauptträger dieser Politik waren zunächst Mexiko und Frankreich.

Mit dem Ausbruch des Malwinen-Falkland-Krieges im April 1982 erfuhr diese Position eine plötzliche Stärkung. Als Washington von seiner ursprünglichen Vermittlerrolle zur eindeutigen Parteinahme für den NATO-Verbündeten Großbritannien überging, wandten sich einige Verbündete von den USA ab. Nicht nur Argentinien selbst, das mit Militärberatern und Geheimdienstlern bereits tief in den "Kampf gegen die Subversion" in Zentralamerika verstrickt war, sondern auch das christdemokratisch regierte Venezuela und Kolumbien (das sich gerade im historischen Streit mit Nicaragua um die Karibik-Inseln San Andrés und Providencia von den USA hatte unterstützen lassen und dafür der US-Marine dort einen Stützpunkt in Aussicht gestellt hatte) gingen auf Distanz zur Zentralamerikapolitik Washingtons.

Sowohl Kuba als auch Nicaragua verstanden es, die neue Situation auszunutzen. Eine schnelle Solidarisierung mit der argentinischen Position brachte ein Einheitsgefühl jenseits der bisher dominierenden politischen Konflikte (auf Antrag Kolumbiens war Kuba immerhin einmal aus der OAS ausgeschlossen worden) hervor. Jetzt wurde auch über die mögliche Gründung einer Alternative zur OAS, unter Ausschluß der USA, diskutiert. Nie war das Mißtrauen gegenüber der Großmacht so groß gewesen wie jetzt, als die USA im Konfliktfall den "Interamerikanischen Beistandspakt" von 1948 (Vertrag von Rio) gegenüber dem NATO-Bündnis kurzerhand fallen gelassen hatten.

Zwar herrschte unter den lateinamerikanischen und karibischen Staaten keine Einstimmigkeit zum Malwinen-Falkland-Konflikt: In der englischsprachigen Karibik gab es auch "historische" Sympathien für die britische Position. Dennoch stieß Nicaragua auf soviel Unterstützung für eine eindeutig anti-imperialistische Politik in der lateinamerikanischen Gruppe der Vereinten Nationen, daß im Oktober 1982 das gelang, woran Kuba noch ein Jahr zuvor gescheitert war: 104 UNO-Staaten, eine Zweidrittelmehrheit, stimmten für Nicaraguas Aufnahme in den Sicherheitsrat. Und das, obwohl die Vereinigten Staaten als Gegenkandidaten mit der Dominikanischen Republik ein Land aufgestellt hatten, das nach ordnungsgemäßen Wahlen immerhin von einer (allerdings konservativen) Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale, der PRD, regiert wird.

Ohne die fast geschlossene Unterstützung durch die Blockfreien in der UNO wäre der Erfolg Nicaraguas zweifellos nicht möglich gewesen. Als loser Zusammenschluß ideologisch ganz unterschiedlich regierter Staaten, deren wichtigstes Aktionsfeld die Ver-

einten Nationen sind, bieten sie Nicaragua in der gegenwärtigen Phase wesentliche Vorteile in der Außenpolitik:

1. Während die Sozialistische Internationale ihre Unterstützung für die Revolution an innenpolitische Konditionen knüpft (gemischte Wirtschaft und politischer Pluralismus), ist Innenpolitik für die Blockfreien programmatisch kein Thema (4).
2. Die Vereinten Nationen, von deren 157 Mitgliedern immerhin 99 Mitglieder der Blockfreien sind (die Befreiungsbewegungen PLO und SWAPO ebensowenig eingerechnet wie die Länder, die als Beobachter und Gäste an den Konferenzen der Blockfreien teilnehmen. Dies waren in Neu Delhi im März 1983 weitere 19 Staaten), sind zur Zeit das sicherlich geeigneteste Forum für Nicaragua, um weiterhin der diplomatischen Isolierung zu entgehen, vor allem aber, um in der Weltöffentlichkeit immer wieder darauf zu bestehen, daß der Kampf um seine Revolution nicht ein Bürgerkrieg ist, sondern von den USA und mit Unterstützung vor allem von Honduras betrieben wird. Nicaragua kann zwar im Sicherheitsrat gegen ein zu erwartendes Veto der USA keine Resolutionen durchsetzen, doch hat die von Nicaragua einberufene Sicherheitsratsdebatte Ende März 1983 auch ohne Abstimmung erreicht, daß die USA nun zumindest keinen "geheimen" Krieg mehr gegen Nicaragua führen können. Ihre Finanzierung der anti-sandinistischen Truppen wird (obwohl schon länger bekannt) jetzt zum ersten Mal in der US-amerikanischen Öffentlichkeit heiß diskutiert. Für die nicaraguanische Revolution ist es lebenswichtig, diese Außenunterstützung für die Anti-Sandinisten abzuschneiden. Denn anders läßt sich angesichts der langen und nicht zu kontrollierenden Grenze mit Honduras die Ausweitung der rechten Guerilla auch in Nicaragua selbst kaum verhindern.
3. Schließlich bietet die Bewegung der Blockfreien Nicaragua die Möglichkeit, selber diplomatische Initiativen hervorzubringen und auch gegebenenfalls anzuführen, während im Fall der Sozialistischen Internationale die FSLN nur Beobachterstatus besitzt und um Aktionen der Organisation bitten muß. Eine solche Initiativrolle im Rahmen der Blockfreien hat Managua bisher zweimal übernehmen können.

Die Konferenz des Koordinationsbüros der Blockfreien, die vom 10. bis 14. Januar 1983 in Managua stattfand, gab wie üblich dem Gastgeber die Gelegenheit, einen Entwurf für die Schlußdeklaration vorzuformulieren. Auch mit der abgeschwächten Kritik an den USA, die im schließlich verabschiedeten Dokument übrig blieb, konnte die sandinistische Regierung noch einen erheblichen Erfolg verbuchen, zumal die US-Botschaft in Managua noch während der Konferenz versucht hatte, US-freundliche Delegationen unter den Blockfreien mit der vertraulichen Verteilung eines Positionspapiers umzustimmen (5).

Zum anderen hat Nicaragua versucht, die günstige Stimmung unter lateinamerikanischen Regierungen (von denen allerdings Mexiko, Brasilien und Venezuela nur Beobachter bei den Blockfreien sind) auch auf ökonomischem Gebiet auszunutzen. Im November 1982 unternahm Nicaraguas Vize-Planungsminister Edmundo Jarquín eine Reise durch diejenigen lateinamerikanischen Staaten, die Nicaraguas Kandidatur im Sicherheitsrat unterstützt hatten, um die Möglichkeiten zur Schaffung eines sogenannten "Schuldnerkartells" auszukundschaften. Da die Revolutionsregierung sich 1979 verpflichtet hatte (tatsächlich ohne gangbare Alternative), die von Somoza eingegangenen Auslandsverpflichtungen zu übernehmen, zahl Nicaragua heute - trotz Umschuldung, die es ihr erlaubt, bis 1985 nur Zins- und keine Tilgungszahlungen vorzunehmen - beinahe die Hälfte seiner Exporterlöse an die Gläubiger (mehr als 200 Millionen Dollar jährlich). Nicaraguas Wirtschaftsdiplomate kehrte zwar mit der beachtlichen Summe von 75 Millionen Dollar in Form von Lieferkrediten zurück (Hauptgeber waren Kolumbien, Brasilien, Argentinien und Peru). Doch die wichtigsten Schuldnerländer, ohne die ein solches Schuldnerkartell und die Forderung nach einem allgemeinen Zahlungsmoratorium für die Dritte Welt nicht genügend Stärke besitzt (allein Mexiko, Argentinien und Brasilien vereinigen eine Schuldenlast von ca. 200 Mrd. Dollar auf sich), waren schon dabei, individuell mit dem Internationalen Währungsfonds zu verhandeln. Auf der Blockfreienkonferenz in Neu Delhi Anfang März hatte Nicaragua sogar den Vorsitz in der Wirtschaftskommission,

doch das Projekt eines Schuldnerkartells wurde nur noch vom kleinen Grenada hochgehalten und nicht ernsthaft diskutiert.

Deutliche Grenzen im ökonomischen Bereich, aber eine in den kommenden Auseinandersetzungen unverzichtbare Basis als Forum, als Stimme der Staaten der Dritten Welt, die am Beispiel Nicaraguas die internationale Lebensfähigkeit einer Revolution auch gegen Widerstand und Sabotage der USA durchsetzen wollen - das sind die beiden Pole, die die Rolle der Blockfreien für Nicaraguas künftige Politik kennzeichnen.

Anmerkungen

- (1) Stefan Saarbach, Einige Aspekte der aktuellen Lateinamerika-Politik der Sozialdemokratie, in: FDCL (Hrsg.), Sozialdemokratie und Lateinamerika, Berlin (West), 1982, sowie: Theo Rathgeber, Sozialdemokratische Solidarität mit Nicaragua und El Salvador, in: a.a.O.
- (2) Abgesehen von der traditionellen Rolle Kubas als Zufluchts- und Ausbildungsort für Guerillos blieb die konkrete Unterstützung von der "Insel" auch bis fast zum Schluß unbeachtlich - bis Ende 1978 nicht zuletzt deshalb, weil sich die kubanische Führung nicht mit dem Aufstandskonzept der in der FSLN die Entwicklung dominierenden "Tercerista"-Fraktion anfreunden konnte. Erst die Vereinigung der drei Tendenzen im März 1979 brachte hier die endgültige Wende.
- (3) Zur Auseinandersetzung unter den an der Moskauer Patrice-Lumumba-Universität studierenden Lateinamerikanern, speziell nach dem Tode des "Che" Guevara, siehe: Plutarco Hernandez, El FSLN por dentro, San José, C.R. 1982.
- (4) Seit letztem Herbst zeichnete sich allerdings auch bei der Sozialistischen Internationale eine neue Linie ab. Auf Lateinamerikas SI-Parteien hatte der Malwinen-Falkland-Krieg eine ähnliche Wirkung gehabt wie auf diverse Regierungen. So war es nicht zufällig der venezolanische Ex-Präsident Carlos Andres Pérez, der als Chef einer SI-Delegation im Dezember vergangenen Jahres nach Nicaragua und Costa Rica reiste, die Aggressionen an der honduranischen Grenze verurteilte und seinen "persönlichen Freund" (C.A. Pérez) Edén Pastora mit der Bemerkung beschied, in Nicaragua gebe es genügend Spielraum für ihn, um dort politische Opposition zu machen - statt einer bewaffneten von Costa Rica aus. Auf ihrer jüngsten Bürositzung im portugiesischen Algarve im April 1983 schließlich hat die Sozialistische Internationale in einer bemerkenswert deutlichen Resolution gefordert, "die Invasionen ... von Honduras aus ... sofort zu stoppen und daß jede direkte und indirekte Einmischung der Vereinigten Staaten, die mit dieser Verletzung der territorialen Integrität Nicaraguas zusammenhängt, aufhört."
- (5) Siehe das in dieser Dokumentation abgedruckte Dokument, S. 23.

Klaus Fritsche

DIE BEWEGUNG BLOCKFREIER STAATEN: EINE ANTIINTERVENTIONSBEWEGUNG?

Das Ministertreffen des Koordinationsbüros der Bewegung Blockfreier Staaten in Managua (10.-14. Januar 1983) hat etwas die Wolken aufgerissen, die bisher den Blick auf die Blockfreienbewegung verdeckt haben. Zumindest hat die etwas breitere Berichterstattung über diese Konferenz - z.B. in der TAZ - einen Widerspruch deutlich gemacht. Wie kann dieser Zusammenschluß von jetzt 101 Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung - von Saudi-Arabien bis Kuba - Bedeutung haben für Länder wie Nicaragua, die ihre unter großen Mühen erkämpfte Unabhängigkeit verteidigen und sicher wollen? Wie können blockfreie Länder, die z.T. eng mit den USA verbunden sind, einen Beitrag zum Schutz Nicaraguas gegen eine amerikanische Intervention leisten?

Selbstverständlich ist die große Zahl der in der Blockfreien Bewegung assoziierten Staaten kein Argument, das für die Richtigkeit ihrer Forderungen in der politischen Auseinandersetzung mit den restlichen Machtblöcken spricht, aber sie sollte zumindestens zu denken geben und deutlich machen, daß eine Auseinandersetzung mit dieser Bewegung 22 Jahre nach ihrer Gründung nicht mehr zu umgehen ist. Dieser Beitrag will versuchen, einige Hinweise für diese Diskussion zu geben.

Für nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung

Das Treffen des Koordinationsbüros der Blockfreien in Nicaragua, das sich mit der Lage in Mittel- und Südamerika und der Karibik befaßte, war nicht das erste außerordentliche Treffen der Blockfreien, das sich der Lage in einer Region widmete. Vom 26.1. bis zum 2.2.1979 diskutierte man in Maputo die Lage im südlichen Afrika, vom 16. bis 18.4.1981 in Algier die Namibia-Frage, vom 5. bis 8.4.1982 in Kuwait die Situation im Nahen Osten und im gleichen Jahr vom 15. bis 17.7. die israelische Invasion in den Libanon.

Trotz ihrer regionalen Unterschiede hatten alle diese Konferenzen ein übergreifendes Thema: Die Bedrohung von Regionen oder einzelnen Ländern durch ausländische Intervention und Einmischung, die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes für Völker unter kolonialer Herrschaft und die Sicherung des Friedens in den entsprechenden Gebieten. Aus diesen Tagungen folgten politische Initiativen in den Vereinten Nationen, um die gesteckten Ziele zu verwirklichen und die erhobenen Forderungen durchzusetzen.

Erkämpfung und Sicherung der nationalen Unabhängigkeit stehen aber nicht erst seit der ersten Sonderkonferenz des Koordinationsbüros in Maputo auf der Tagesordnung. Es ist das Zentralthema der Blockfreienbewegung seit ihrer Gründung. Die meisten der blockfreien Länder sind ehemalige Kolonien, die seit 1945 im Verlauf der anti-kolonialen Revolutionen ihre Unabhängigkeit erkämpft haben. Als unabhängige Länder fanden sie sich damals in einer bipolar - zwischen den USA und der UdSSR - geteilten Welt wieder. Die Konfrontation der ehemaligen Kriegsalliierten der Anti-Hitler-Koalition bedrohte aber nicht nur den Frieden in Europa. Die jungen Nationalstaaten der Dritten Welt waren mit den Versuchen konfrontiert, sie in die bestehende Blockkonfrontation einzubeziehen. Dies, wie die Gefahr eines neuen Weltkrieges, wurde als Hindernis für eine unabhängige Entwicklung betrachtet.

Die Führer dieser Länder - Namen wie Nasser, Nehru, Sukarno und Tito sind auch heute noch ein Begriff - wollten dieses Spiel jedoch nicht mitmachen. Nehru hatte 1947 erklärt, daß die Politik gegeneinander verbündeter Blöcke schon in der Vergangenheit zu großen Katastrophen geführt hätte und nun die Welt mit noch größeren bedrohe. Deshalb käme für diese Länder eine Beteiligung an der Blockkonfrontation nicht in Frage, zumal es sich aus einer Dritten-Welt-Perspektive um einen Konflikt entwickelter Staaten handelte. Diese Ablehnung richtete sich nicht nur gegen den westlichen Imperialismus, sondern "die periodische Einmischung der Sowjetunion in die nationalen Befreiungsbe-

wegungen der afro-asiatischen Staaten durch die lokalen kommunistischen Parteien und in ihre neuen politischen Systeme sogar nach der Unabhängigkeit machte die politischen Eliten dieser Länder in gewisser Weise mißtrauisch gegenüber der sowjetischen Motivation" (1).

Aus dieser anti-kolonialen Vergangenheit der meisten Blockfreien ist auch ihr ständiges Beharren auf Unterstützung von anti-kolonialen Befreiungsbewegungen zu verstehen, die eines der Hauptaktivitäten der Blockfreien darstellte. Sie leisteten auf diese Weise einen wichtigen Beitrag zur Beendigung des Kolonialismus. Es war vor allem ihre politische Unterstützung, z.B. in den Vereinten Nationen, die den Befreiungsbewegungen eine große Hilfe gewesen ist. Darüber hinaus haben eine große Zahl einzelner Länder wichtige finanzielle Beiträge geleistet. Und kürzlich wurde bekannt, daß der blockfreie "Solidaritätsfonds für die Befreiung des südlichen Afrikas" an die SWAPO 1,7 Millionen US-Dollar überwiesen hat (2).

Alle so unterstützten Länder würdigten diese Hilfe dadurch, daß sie unmittelbar nach ihrer Befreiung selbst Mitglied der Blockfreienbewegung wurden. Einige der Befreiungsbewegungen sogar schon vor Erreichung der Unabhängigkeit: 1961 nahm die Provisorische Algerische Regierung an der Belgrader Gipfelkonferenz teil; 1973 war es die Provisorische Revolutionsregierung Süd-Vietnams; ab 1976 die PLO und die SWAPO ab 1979, im gleichen Jahr auch die patriotische Front von Zimbabwe.

Weitere Aktionsbereiche der Blockfreien

Wenn auch nicht mit so großem Erfolg, haben die Blockfreien in den über 20 Jahren ihrer Tätigkeit Aktivitäten auf folgenden weiteren Gebieten entwickelt. An dieser Stelle können natürlich nur kurze Hinweise erfolgen.

- * Da die im anti-kolonialen Kampf erkämpfte politische Unabhängigkeit nur unvollkommen und ständig gefährdet ist, wird sie nicht durch wirtschaftliche Unabhängigkeit ergänzt, widmeten sich die Blockfreien von Beginn an diesem Problem. Prioritären Charakter bekam dieser "Bereich" seit dem Beginn der 70er Jahre mit der Entwicklung des Programms für eine Neue Weltwirtschaftsordnung und den Anfängen einer Süd-Süd-Zusammenarbeit. Trotz aller politischen Differenzen befindet sich hier die größte Übereinstimmung unter den Blockfreien.
- * Daß die Belgrader Konferenz 1961 mit einer "Erklärung zur Kriegsgefahr" und einem "Friedensappell" an die Weltöffentlichkeit trat, hat mehr als symbolischen Charakter. Die Blockfreien wollten versuchen, zwischen den Großmächten zu vermitteln. Sie traten und treten für die Beilegung von Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln ein. Sie fordern die friedliche Koexistenz aller Staaten. Sie haben ein umfangreiches Programm für den Bereich der Abrüstung entwickelt (3).
- * Als wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Forderungen wird die Demokratisierung der internationalen Beziehungen und Institutionen gefordert. Insbesondere die Tätigkeit im System der Vereinten Nationen ist darauf ausgerichtet, das Prinzip der Gleichberechtigung aller Staaten, ob groß oder klein, zur Geltung zu bringen.

Zwischen all diesen Aktionsbereichen besteht jedoch nach Auffassung der Blockfreien ein innerer Zusammenhang. Angesichts der doppelten Teilung der Welt in Ost-West und Nord-Süd soll ihre Tätigkeit der Beseitigung einer internationalen Ordnung dienen, die diese Teilung hervorgebracht hat. Das proklamierte Ziel ist der "Übergang vom alten, auf der Vorherrschaft beruhenden System, zur neuen, auf Freiheit, Gleichheit und gesellschaftliche Gerechtigkeit sich gründenden, zum Wohlstand führenden Ordnung" (Deklaration von Belgrad, 1961).

Nach dem Krieg um die Malwinen: Verstärkung blockfreier Tendenzen in Lateinamerika

Zur Zeit ihrer Gründung war nur Kuba als lateinamerikanisches Vollmitglied bei den Blockfreien vertreten. Erst seit Beginn der 70er Jahre, seit sich die Blockfreien

vorrangig mit Wirtschaftsproblemen befassen, hat die Bedeutung Lateinamerikas für die Blockfreienbewegung zugenommen. Dennoch verblieb Lateinamerika sehr stark unter dem Einfluß der USA.

1982 hat einen Wandel in den inneramerikanischen Beziehungen gebracht. Der koloniale Krieg Großbritanniens gegen die Malwinen, und die faktische Unterstützung dieser Politik durch die USA, haben zu einer starken Entfremdung Lateinamerikas von Washington geführt. Im Gegenzug ist das Zusammengehörigkeitsgefühl gestiegen, das eine Wiedernäherung auch zu Kuba und Nicaragua zur Folge hatte.

Besonders deutlich wird dieser Wandel in der argentinischen Außenpolitik. Dies ließ die Frankfurter Allgemeine Zeitung in einer Schlagzeile vom 26.3.1983 zu dem Schluß kommen: "Bignones außenpolitische Bankrotterklärung". Damit wird die außenpolitische Annäherung an die Blockfreienbewegung kritisiert. Die Schärfe dieses Kurswechsels wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß der argentinische Außenminister Costa-Mendez noch im Frühjahr 1982 "bei einem Besuch in Brasilien die Auffassung vertrat, daß Argentinien nicht als Teil der Dritten Welt betrachtet werden könne ... Und im November (1981) hatte ... General Galtieri bei einem Besuch in Washington erklärt, Argentinien und die USA marschierten gemeinsam in dem 'ideologischen Krieg', der auf der Welt geführt wird" (4).

Diese Stimmung, die durch einen Besuch Costa-Mendez' zur Blockfreienkonferenz während des Malwinen-Krieges in Havanna (Koordinationsbüro, 31.5.-5.6.1982) unterstrichen wurde, hat auch nach Ende des Krieges nicht nachgelassen. Im Gegenteil geht heute "die Stimmung allgemein dahin, die argentinische Außenpolitik auf der lateinamerikanischen Achse in der Nähe der Dritten Welt anzusiedeln, nur aus Gründen der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit soll sie bezüglich Technologie und Handel gegenüber Europa und den Vereinigten Staaten offen bleiben"(5).

Die Folgen sind, wenn auch noch nicht in allen Aspekten eindeutig und unumstritten, offensichtlich. So wurde Argentinien auf der 7. Gipfelkonferenz der Blockfreien im März 1983 in Neu Delhi durch seinen Staatschef Bignone vertreten. Ein weiteres Indiz ist eine Auseinandersetzung in der argentinischen Armee über das Verhältnis zu Südafrika. Während der argentinische Staatschef erklärte, daß "Argentinien und Südafrika gleiche Freunde hätten" und gegen die "gleichen Feinde" kämpften, wurde dies an anderer Stelle offiziell dementiert. "Argentinien ... habe in den letzten Jahren immer eindeutig zu verstehen gegeben, daß es vor allem mit der Apartheidpolitik der südafrikanischen Regierung nicht übereinstimme"(6).

Und nicht zuletzt gab Argentinien in Folge dieses Konflikts die Unterstützung und Ausbildung anti-sandinistischer Gruppen in Honduras auf, was die USA zu einem breiteren direkten Einsatz nötigte.

Aber auch andere Länder suchen zunehmend einen stärkeren Kontakt zu den Blockfreien. Nach Ecuador, das bereits seit September 1981 Vollmitglied ist, sind im März 1983 in Neu Delhi auch die Bahamas, Barbados und Kolumbien als Vollmitglieder aufgenommen worden. Venezuela plante den gleichen Schritt, zog aber nach heftigem Widerstand Guyanas seinen Antrag zurück. In diese Reihe von Ereignissen paßt auch, daß Bolivien anläßlich der Tagung des Koordinationsbüros in Nicaragua seine diplomatischen Beziehungen zu Kuba wieder aufgenommen hat.

Auseinandersetzungen auf der Konferenz in Managua

Es wäre verwunderlich, wenn alle Mitglieder der Blockfreien übereinstimmende Auffassungen im einzelnen hätten. Ihre Unterschiede in bezug auf ihre sozialen Systeme, ihre außenpolitische Ausrichtung und ihre Interpretation von Blockfreiheit sind so groß, daß einer Verabschiedung von Dokumenten zumeist heftige Diskussionen vorausgehen. So auch in Managua, zumal es bei dem Thema "Lage in Lateinamerika" um die Bestimmung der Positionen u.a. gegenüber den USA ging.

Leider ist die genaue Rekonstruktion dieser Auseinandersetzung nicht vollständig möglich. Nicaragua hatte am 14. Dezember, seiner Pflicht als Gastgeberland nachkommend, den ersten Entwurf für das zu verabschiedende Abschlußdokument vorgelegt. Nach Konsultationen mit anderen blockfreien Ländern wurde am 8. Januar 1983 eine zweite, überarbeitete Version vorgelegt, die zur Grundlage der Beratungen in Nicaragua gemacht worden ist. Das endgültige Schlußdokument ist dann die 3. Fassung des Papiers. Erfahrungsgemäß ist es so, daß sich die revidierte Fassung des Entwurfs bereits erheblich vom ursprünglichen Entwurf unterscheidet, um es konsensfähiger zu machen. Diese Veränderungen können jedoch nicht dargestellt werden, da uns der ursprüngliche Entwurf des Schlußdokumentes nicht vorliegt.

Dieser Hinweis ist notwendig, um die Grundlage des Entscheidungsprozesses und den Stand der vorliegenden Informationen deutlich zu machen.

Worum ging die Auseinandersetzung in Managua? Man muß sich vor Augen führen, daß seit mehreren Jahren in der Blockfreienbewegung eine heftige Debatte darüber geführt wird, ob die UdSSR der "natürliche Verbündete" der Blockfreien ist. Diese unter kubanischer Führung vorgetragene und von etwa zehn Ländern unterstützte Position wird von der Mehrheit der Blockfreien abgelehnt. Die Blockfreien gehen davon aus, daß sie weder natürliche Freunde noch natürliche Feinde, sondern nur "dauerhafte Interessen" (Julius Nyerere) haben. Auf der Grundlage dieser eigenen Interessen soll dann jeweils konkret das Verhältnis zu den Großmächten und das Verhalten ihnen gegenüber bestimmt werden.

Der Versuch, die Theorien vom "natürlichen Bündnis" durchzusetzen, ist gescheitert. Aber wenn schon Moskau nicht der "natürliche Verbündete", dann soll Washington wenigstens der "natürliche Feind" sein. Auf dieser Grundlage versucht die kubanisch geführte Fraktion die USA als alleinigen Urheber allen Übels darzustellen und gleichzeitig jede Kritik an der Sowjetunion zu unterbinden. Dieses Vorgehen kann sich natürlich zurecht auf breite Ablehnung stützen, die die amerikanische Politik unter den Blockfreien erfährt.

Auf diesem Hintergrund wird deutlich, daß der aus Presseberichten zu gewinnende Eindruck, daß in Managua darüber gestritten wurde, in welcher Schärfe die USA angegriffen oder verurteilt werden sollen, nicht als Streit zwischen Gegnern und Anhängern der USA, obwohl es diese natürlich auch gab, interpretiert werden kann. Ländern wie Indien und Jugoslawien ging es mit der Abwehr zu häufiger verbaler Angriffe auf die USA, um den Zusammenhang, in denen sie vorgetragen und formuliert wurden. Die berechtigten Forderungen Lateinamerikas sollten nicht zurückgestellt werden.

Den Inhalt der Auseinandersetzungen machen auch die Veränderungen deutlich, die gegenüber der revidierten Fassung und dem endgültigen Schlußdokument vorgenommen wurden. So erklärte die revidierte Fassung einzig und allein den Imperialismus (= Westen) zum Feind. In der Schlußdeklaration heißt es dagegen, "daß der Kampf gegen Kolonialismus, Neokolonialismus, Imperialismus, Hegemoniestreben, Apartheid und Rassismus und alle Formen von Fremdherrschaft" Grundprinzip der Blockfreien ist (§65). Besonders wichtig ist hier der Hinweis auf das "Hegemoniestreben", das bei den Blockfreien als die Politik der Sowjetunion kennzeichnend verstanden wird. Eine Veränderung in Richtung Kritik der Politik beider Blöcke wurde auch in der Erklärung bezüglich der Lage in Lateinamerika vorgenommen, indem nicht nur festgestellt wird, daß sich diese durch die "Verstärkung der imperialistischen Einmischung" verschärfe, diese aber "nicht isoliert von den übrigen Geschehnissen in dieser Welt betrachtet werden könne, die durch die Konfrontation zwischen den Großmächten gekennzeichnet sind" (§27).

Darüber hinaus wurde die Zahl der direkten namentlichen Angriffe auf die USA reduziert, einige überzogene Beifallsbekundungen auf die kubanische Präsidentschaft entfernt und deutlicher hervorgehoben, daß die Solidarität der Blockfreien mit Argentinien bei der Wiedergewinnung der Malwinen (Falkland) sich nur auf friedliche Mittel bezieht.

Als Schlußfolgerung ist zu ziehen: Die Schlußfassung wurde gegenüber der 2. Fassung in der Betrachtungsweise der Lage stärker, in konkreten Ausführungen nur wenig verändert. Dies ist aller Wahrscheinlichkeit nach schon bei der Überarbeitung des ersten Entwurfs geschehen.

Dennoch ist auch diese Resolution nicht ohne Widerspruch aufgenommen worden. Da es bei den Blockfreien keine Abstimmungen gibt, können abweichende Meinungen in Form von "Vorbehalten" zur Kenntnis gebracht werden. Die Zahl dieser Vorbehalte ist gegenüber dem Dokument von Managua sehr hoch. Insgesamt 21 Länder formulierten ihren Vorbehalt gegenüber einzelnen Paragraphen. Am umstrittensten waren dabei die Formulierungen zu Puerto Rico und zu den Malwinen.

"Machtmöglichkeiten der Blockfreien"

Vieles, ja das meiste von dem, was die Blockfreien mehr oder minder einheitlich fordern, ist noch nicht durchgesetzt. Auch mit der Verwirklichung der Beschlüsse von Managua sieht es schlecht aus.

Der Hauptgrund dafür ist sicherlich nicht in den Streitigkeiten der Bewegung zu suchen, sondern in den mangelnden Machtmöglichkeiten, die den Blockfreien zur Durchsetzung ihrer Ziele zur Verfügung stehen. Da ihre Möglichkeiten zur Ausübung ökonomischen Drucks mehr als gering sind, ist das Forum innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen ihre einzige Möglichkeit, durch politische Initiativen die Weltöffentlichkeit zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu mobilisieren.

Unter den Blockfreien wird deshalb auch realistischerweise davon ausgegangen, daß die vorhandenen Probleme dieser Welt nicht alle von ihnen gelöst werden können. "Die Bewegung gibt nicht vor, jedes Problem, dem sich die Welt gegenübersteht, gelöst zu haben oder lösen zu können, genauso wenig wie die Blockmächte solche Ansprüche erheben können. Es ist eine ziemliche Ironie, daß diese Frage nur den blockfreien Ländern gestellt wird, indes doch alle Bedrohungen des Friedens und Verstöße gegen wirtschaftliche Gerechtigkeit und Fairplay ganz unverhohlen von den Blockmächten ausgehen. Die Bewegung der Blockfreien kann nur einen Rahmen für den Frieden aufstellen und Grundsätze entwerfen, auf deren Grundlagen die Bemühungen um die Einstellung von Feindseligkeiten und die Minderung von Spannungen erfolgreich sein können." (So der indische Außenminister N. Rao.)

Diese begrenzten Möglichkeiten gilt es zu berücksichtigen, wenn man an den Blockfreien kritisiert, daß ihre Beschlüsse häufig nur ein Stück Papier geblieben sind.

Blockfreienbewegung als außenpolitisches Zweckbündnis

Dennoch wäre es falsch, die Probleme der Blockfreien allein auf äußere Einflüsse zurückzuführen, wie sie es gerne selbst tun. Wirtschaftliche Probleme, Hunger, Armut und Wettrüsten, das ist nicht nur von außen aufgezwungen, sondern hat seine Ursachen auch in den inneren Strukturen der Blockfreien selbst. Den Fragen der notwendigen inneren Reformen wendet sich die Blockfreienbewegung jedoch nicht zu. Dies kann aber eigentlich auch nicht verwundern. Die Bewegung Blockfreier Staaten ist ein außenpolitisches Zweckbündnis zur Verteidigung der Unabhängigkeit der beteiligten Länder, wie zur Verbesserung ihrer Situation in den internationalen Beziehungen. Zur Veränderung interner Strukturen hat diese Bewegung als Ganzes nicht nur keine Möglichkeit, sondern lehnt diese auch bewußt als Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ab.

Die soziale Revolution ist von ihnen also nicht zu erwarten. Aber bedeutet das dann ein "Eintreten für die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustands für alle Zeiten?" Diese vom ehemaligen indonesischen Präsidenten Sukarno gestellte rhetorische Frage wird sicherlich von einigen Blockfreien mit ja beantwortet. Sukarnos Antwort lautete

aber anders: "Meine Antwort ist ganz bestimmt: Nein! Wie könnten wir nur annehmen, daß die Spaltung von Nationen in alle Ewigkeit dauern sollte. Wie könnten wir nur annehmen, daß wir imstande sind, die Nationen daran zu hindern, daß sie ihre eigenen, auf verschiedene Varianten des Sozialismus, Marxismus oder Kapitalismus sich gründende Lebensauffassungen entwickeln und verwirklichen. Wie könnten wir bloß die Völker daran hindern, Monarchien zu Republiken zu machen oder auch umgekehrt, wenn sie es wollen. Nein, die friedliche Koexistenz kann und soll den Status quo keineswegs verewigen. Sie muß es jedem Volk überlassen, sich nach eigenem Gutdünken zu entwickeln, frei von jedem Druck und jeder Einmischung von außen." (Rede auf der 1. Gipfelkonferenz der Blockfreien in Belgrad.)

Für das Recht jeden Volkes auf Entwicklung ohne Einmischung von außen, sei sie militärischer, wirtschaftlicher, politischer und kultureller Art, dafür will die Blockfreienbewegung wirken. Sie ist deshalb eine große Stütze für alle Länder, die von solchen ausländischen Interventionen bedroht sind, wie das Beispiel Nicaraguas zeigt.

Damit setzt sich die Blockfreienbewegung wichtige, aber dennoch nur begrenzte Aufgaben und Ziele. Ihre Unterstützung steht damit auch nicht im Widerspruch zur Unterstützung sozialer und demokratischer Bewegungen im Inneren der blockfreien Länder selbst. Im Gegenteil: Beide Formen von Aktivitäten sollten sich gegenseitig unterstützen.

Aktivposten in der Bilanz der Blockfreien

Zieht man trotz dieser begrenzten Möglichkeiten eine Bilanz, so muß auch die Tatsache berücksichtigt werden, daß erst 22 Jahre seit der Gründung der Blockfreien vergangen sind. Zudem ist ihr Einfluß "häufig unmeßbar, weil ihre Prinzipien als Prozeß und Tendenzen in alle Strukturen, Regionen, Dokumente und Beschlüsse der ... Weltgemeinschaft vorgedrungen sind." (M. Komatina, Jugoslawien.)

Es ist festzuhalten: Die Blockfreien haben einen wichtigen Beitrag zur Beendigung des Kolonialismus geleistet. Auch wenn ihre Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung und nach Abrüstung nicht verwirklicht sind, haben sie entscheidend dazu beigetragen, diese Fragen zu einem Thema der internationalen Diskussion zu machen.

Entscheidend ist aber, daß die Blockfreien durch die Verteidigung ihrer Unabhängigkeit und ihrer Nichtbeteiligung an den Militärbündnissen eine strikte Zweiteilung der Welt in Ost und West verhindert haben. Durch ihr Wirken nahm der Wert der Beteiligung an Militärbündnissen ab. Folgerichtig wurden SEATO und Bagdad-Pakt aufgelöst. Hinzu kommt, daß die Blockfreien durch ihre Propagierung von neuen Verhaltensmustern in der internationalen Politik (Kooperation statt Gewalt) das internationale Verhältnis gegenüber Kriegen und Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder nachdrücklich verändert haben. Interventionismus jeder Art findet bei der Mehrheit der Blockfreien keine Unterstützung.

Anmerkungen

- (1) J. Bandyoradhyaya, The Non-Aligned Movement and International Relations, in: India Quarterly (New Delhi), Vol. 33, 1977, S. 142.
- (2) Rechenschaftsbericht des Koordinationsbüros der Blockfreien zur Gipfelkonferenz in Neu Delhi, März 1983, NAC/CONF.7/Bur. 1/Doc. 1.
- (3) Rüdiger Jütte, Blockfreiheit und Abrüstung, in: Internationale Entwicklung (Wien), II/1981, S. 3-21.
- (4) Hamburger Abendblatt, 4. Juni 1982.
- (5) Mariano C. Grondona, Argentinien: Ein tiefer Einschnitt, in: Europa-Archiv, 37. Jg., Folge 17, S. 701.
- (6) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.2.1983.

Karl-Ludolf Hübener

DIE CONTADORA-GRUPPE

Blockfrei sind zwei: Panama und Kolumbien. Als Beobachter haben sich in der Blockfreien-Bewegung Venezuela und Mexiko eingeschrieben. Zusammen bilden diese vier Länder die Contadora-Gruppe, die sich im zentralamerikanischen Konfliktherd für eine politische Lösung stark macht. An ihr konnten selbst die USA nicht vorbei - sie mußten - zwar unwillig - ein Lippenbekenntnis zu einer friedlichen Lösung abgeben. Geändert hat sich dadurch die Politik Washingtons allerdings nicht, vielmehr versuchen die USA mit eher verdeckten Methoden, die Gruppe auseinanderzudividieren. Noch ist das nicht gelungen, aber man kann sicherlich als Erfolg für die USA verbuchen, daß die Contadora-Gruppe leiser geworden ist. Warum? - das ist nur in wenigen Untersuchungen angeschnitten worden. Zu wenig wird die doch recht unterschiedliche Motivation der vier Contadora-Staaten in Betracht gezogen, werden Widersprüche und Kurswechsel, die manchem verblüffend erscheinen, unter die Lupe genommen.

Mexiko

Mexiko hat sich schon seit längerem den Ruf erworben, ein Zentrum progressiver Außenpolitik zu sein. Der südliche Nachbar der USA ließ sich nicht als willfähriges Instrument Washingtons in Lateinamerika mißbrauchen. Kuba ist dafür wohl ein deutliches Zeichen. Mexiko brach die Beziehungen zur Castro-Regierung nicht ab und weigerte sich auch, der Embargo-Politik Washingtons zu folgen. Das hat nicht so sehr mit der Liebe der mexikanischen Regierungen zu sozialistischen Revolutionen - obwohl immer wieder revolutionäres Pathos in den Reden führender mexikanischer Politiker durchbricht - als vielmehr mit einer Art Rückversicherung zu tun. Die eigene Revolution ist längst erstarbt, und auf dem Lande fristen die Landarbeiter ein Leben, das eher den Zuständen in El Salvador oder Nicaragua unter Somoza ähnelt. Die linken Parteien Mexikos aber sind auf internationaler Ebene eher isoliert, und Guerrilla-Bewegungen - die sozialen Bedingungen sind dafür gegeben - würden vergebens auf Unterstützung von außen warten. Denn wer will schon den außenpolitischen Kurs bekämpfen? Die Freundschaft mit Revolutionären bringt den mexikanischen Regierungen "Frieden" im Inneren des Landes. So setzten die Mexikaner schon relativ früh auf die Sandinisten - wenn auch nicht unbedingt auf den "radikalsten" Flügel. In der mexikanischen Hauptstadt haben zudem zahlreiche Befreiungsbewegungen ihre Büros eingerichtet. Und über die COPPPAL, einem Zusammenschluß revolutionärer bis Mitte-Rechts-Parteien aus Lateinamerika auf Initiative der Staatspartei PRI, schuf sich Mexiko ein zweites Bein für seine Außenpolitik. Die Resolutionen waren teilweise radikal, "lateinamerikanischer" als die der eher eurozentrischen Sozialistischen Internationale. Nicht unerhebliche Geldmengen flossen in die Kassen notleidender Mitglieder.

Seit dem Ende der Lopez-Portillo-Ära ist das COPPPAL-Hauptquartier verwaist. Zwischen Bergen von Zeitschriften schafft nur noch eine Sekretärin, und von den einstmals viel Aufsehen erregenden Treffen der COPPPAL ist nicht mehr die Rede. Ein untrügliches Kennzeichen dafür, daß sich etwas geändert hat. Das ist nicht so sehr auf den Präsidentenwechsel zurückzuführen als auf die immense Verschuldung des Landes, die der Lopez-Portillo-Nachfolger Miguel de la Madrid erbte. Die USA sprangen mit Milliarden-Krediten ein - wie auch der Internationale Währungsfonds. Das sicherlich nicht aus Liebe zum Nachbarn. Einerseits konnten die USA mit den Krediten an das wirtschaftlich in die Enge getriebene Land zu Niedrigpreisen ihre strategischen Öllager aufstocken. Andererseits konnten sie von der neuen mexikanischen Regierung erwarten, daß sie in Zentralamerika ruhiger auftreten würde. Und tatsächlich ist Mexiko zwar nicht auf US-Kurs gegangen, aber spektakuläre Vorstöße - wie die mexikanisch-französische Initiative in Zentralamerika zu Portillo-Zeiten - sind seitdem ausgeblieben.

Bei den Reagan-de la Madrid-Treffen der jüngsten Vergangenheit sind wohl unterschiedliche Beurteilungen über die Lage in Zentralamerika veröffentlicht worden, aber damit

kann Washington leben und Mexiko das Gesicht waren. Der lautstarke Störenfried ist jedenfalls schweigsamer - und weniger aktiv - geworden.

Kolumbien

Zur Überraschung nicht weniger Beobachter ist die konservative Regierung Betancur zur treibenden Kraft in der Contadora-Gruppe geworden. Dabei galt Kolumbien jahrzehntelang als serviler Diener amerikanischer Interessen. Auf Antrag Kolumbiens wurde Kuba aus der Organisation Amerikanischer Staaten ausgeschlossen und der liberale Vorgänger Betancurs, Turbay Ayala, schwamm unbeirrt im Kielwasser der Vereinigten Staaten. Im Malwinen-Krieg steuerte Turbay Ayala auf US-Kurs - im Gegensatz zur überwältigenden Mehrheit der lateinamerikanischen Regierungen. Turbay Ayala wettete wie Washington gegen die drohende marxistisch-leninistische Gefahr aus Nicaragua. Er war bereit, sein Land als Basis für die US-Seestreitkräfte im karibischen Becken herzugeben. Und die vor der Küste Nicaraguas gelegene Insel San Andrés bot er ebenfalls als Stützpunkt an.

Nach dem üblichen Links-Rechts-Schema hätte es mit dem Konservativen Betancur noch schlimmer kommen müssen. Der aus einer Landbauernfamilie stammende Betancur machte in der Außenpolitik aber einen radikalen Schwenk. Kolumbien wurde Mitglied der Blockfreien-Bewegung und knüpfte normale Beziehungen zu Nicaragua. Als US-Präsident Reagan auf seiner Lateinamerika-Reise auch in Kolumbien Station machte, war es Betancur, der dem "Gringo" die härtesten, wenn auch diplomatisch verpackten Seitenhiebe verpaßte.

In der Innenpolitik kündigte er in bester populistischer Manier soziale Reformen an und bot der Guerilla Amnestie und Frieden an. Seine Politik des inneren und äußeren Friedens kann man auch als geschickte Variante der mexikanischen Politik sehen. Freundschaftliche Beziehungen - insbesondere zu revolutionären Regierungen und Bewegungen - sollten der Guerrilla bei gleichzeitigem Friedensangebot den außenpolitischen Boden entziehen. So sehr ihm wohlwollende Kritiker auch den guten Willen nicht absprechen möchten, so sehr ist er doch von den Militärs abhängig. Diese sind eindeutig US-orientiert und haben für Friedensinitiativen in Richtung Guerrilla nur sehr wenig übrig. Noch kürzlich erklärte ein ranghoher General, daß es die Aufgabe der Armee sei zu siegen. Entsprechend torpedieren sie die Friedensfühler der Betancur-Regierung. Guerrilleros, die nach dem Amnestiegesetz ihre Waffen niederlegten, wurden in mehreren Fällen von der Todesschwadron MAS ermordet. Es ist in Kolumbien ein offenes Geheimnis, daß dahinter auch aktive Offiziere stecken.

Gleichzeitig ist das Reformprogramm steckengeblieben. Die auch in der Konservativen Partei dominierende Oligarchie schiebt da einen wirksamen Riegel vor.

Daß Kolumbien noch nicht einem ähnlichen Druck durch die USA ausgesetzt ist wie Mexiko, verdankt das Land dem milliardenschweren Handel mit Kokain. Es fließen immer noch ausreichend schwarze Dollar nach Kolumbien, um den Canossa-Gang zum Internationalen Währungsfonds zu vermeiden.

Venezuela

Den erstaunlichsten Kurswechsel machte wohl Venezuela durch, denn es war dieselbe Regierung des Christdemokraten Herrera Campins, die vor dem Malwinen-Krieg in das Horn Washingtons stieß und nach dem Krieg eine Organisation Amerikanischer Staaten ohne die USA gründen wollte. Venezuela wurde vor dem Malwinen-Krieg denn auch im Dissent-Papier, das von unbekanntem Beamten der Carter-Administration verfaßt wurde, so eingeschätzt: "Die Regierung von Präsident Herrera Campins ist zu einem unersetzlichen Verbündeten unserer gegenwärtigen Politik in Zentralamerika geworden. Die Politik Venezuelas gegenüber El Salvador - und gegenüber den meisten regionalen und globalen Belangen - deckt sich größtenteils mit der unsrigen. Die Christsozialen der COPEI identifizieren sich mit ihren christdemokratischen Kollegen in der salvadorianischen Junta und lassen ihnen wertvolle Unterstützung zukommen. Venezuelas offizielle

Wirtschafts- und Sicherheitshilfe für El Salvador ergänzt unsere eigenen Bemühungen und gibt ihnen die nötige Legitimation."

Der Malwinen-Krieg bot der venezolanischen Regierung eine Gelegenheit, sich aus der Rolle des US-Büttels zu verabschieden. Der Konflikt im Südatlantik hatte nämlich gezeigt, daß die USA im Ernstfall ihren NATO-Verbündeten beispringen würden und daß die lateinamerikanischen Länder letztlich nur - wie immer - den Hinterhof bildeten. Argentinien demonstrierte, daß im Ernstfall auch eine noch so enge Übereinstimmung mit den USA keine Garantie für Rückendeckung ist. Das könnte auch bei einer Auseinandersetzung mit dem benachbarten Guyana gelten: Venezuela beansprucht zwei Drittel des Territoriums von Guyana. Argentinien zeigte der venezolanischen Regierung auch, wie wichtig eventuell die Blockfreien-Bewegung, in der Guyana bereits entscheidend Fuß gefaßt hatte, sein könnte. Venezuela streckte deshalb seine Fühler nach Kuba aus, das in der Blockfreien-Bewegung eine wichtige Rolle spielt. Herrera Campins reiste als einziger Staatschef Lateinamerikas zum Dritten Jahrestag der Revolution nach Nicaragua. Die von den USA mit Genugtuung zur Kenntnis genommene Niederlage von Napoleon Duarte in den "Wahlen" in El Salvador bestärkte Duartes christdemokratische Bundesgenossen in Caracas in ihrer Kehrtwendung.

Die Kursänderung brachte auch innenpolitisch ihre positiven Effekte. Die Herrera-Campins-Regierung war sowohl wegen ihrer katastrophalen Wirtschafts- und Sozialpolitik als auch wegen der engen Tuchfühlung mit Washington ins Kreuzfeuer aller Oppositionsparteien geraten - und das vor den immer näher rückenden Wahlen im Dezember 1983. Durch den Schwenk fand sich mit einem Mal die sozialdemokratische Acción Democrática außenpolitisch rechts von den Christdemokraten wieder. Die Kritiker der bisherigen Zentralamerika-Politik Venezuelas verstummten.

Aber die anfänglich starken Töne sind inzwischen einem eher leisen Auftreten in der Contadora-Gruppe gewichen. Venezuela ist viertgrößter Schuldner in Lateinamerika - mit mehr als 30 Milliarden Dollar. Eine drastische Kur des Internationalen Währungsfonds steht ins Haus. Eine Annahme der IWF-Auflagen würde die Wahlchancen der regierenden Christdemokraten endgültig auf Null bringen. Bis jetzt gelang es, die Verhandlungen hinauszuzögern, ohne daß größerer Protest aus dem Norden kam... Gleichzeitig flaute die früher "radikale" Sprache ab, ertönt vermehrt - wie vor dem Malwinen Krieg - Kritik in Richtung Managua...

Die graue Eminenz der christdemokratischen Internationalen, der venezolanische Regionalsekretär Aristides Calvani, hatte keinen Moment aufgehört, Gift und Galle gegen die "marxistisch-leninistischen Totalitären" in Nicaragua zu versprühen. Ganz im Stile der UNO-Botschaftern der USA, Jeanne Kirkpatrick.

Panama

Panama war unter Staatschef Omar Torrijos zunächst ein eifriger Mitstreiter in der Blockfreien-Bewegung. Der reformfreundige General mußte aber schon Jahre vor seinem gewaltsamen Tod erleben, daß seine Reformpolitik nicht so leicht durchsetzbar war und Stückwerk blieb. Er näherte sich in seinen letzten Jahren immer mehr den besitzenden Schichten an. Auch die einst herzliche Freundschaft mit Kuba kühlte ein wenig ab. Aber erst nach seinem Tode schoben sich mehr und mehr US-freundliche Offiziere in der einzigen Macht im Staate, in der Nationalgarde, in den Vordergrund. Die einstige Dritte-Welt-Politik Torrijos machte einer immer offeneren Annäherung an Washington Platz. Seinen Höhepunkt erreicht diese neue Politik mit General Paredes, der Chef der Nationalgarde wurde und sich danach - bis zu seinem kürzlichen Verzicht - als Präsidentschaftskandidat präsentierte. Nach einem Besuch in Washington und im Pentagon forderte Paredes von Nicaragua und Kuba "Mäßigung" und drohte mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, falls diese beiden Länder nicht aufhörten, "ihre Revolution zu exportieren". Kein Wunder, daß der in der Panama-Kanalzone stationierte Oberkommandierende der US-Streitkräfte "Kommando Süd", General Nutting, Paredes als "Pfeiler der Stabilität und des Friedens" feierte und der Nationale Sicherheitsrat

der USA ihn als Pro-Amerikaner einstuft. Paredes möchte schließlich nicht ausschließen, daß die berüchtigte "Schule der Americas" auch über das in den Kanalverträgen festgesetzte Datum hinaus in der Kanalzone operieren werde.

Weiter muß man davon ausgehen, daß Panama - vermutlich von gelegentlichen heftigen rhetorischen Kritiken an den USA abgesehen - in seiner Außenpolitik nichts unternimmt, was die Übergabe der Hoheitsrechte über den Kanal und die angrenzende Zone zum 31.12.1999 durch allzu selbstbewußtes Auftreten gegenüber dem nordamerikanischen Vertragspartner gefährden wird.

DEKLARATION VON MANAGUA

Schlußkommunique des 5. außerordentlichen Ministertreffens des Koordinationsbüros der Bewegung Blockfreier Staaten über Lateinamerika und die Karibik, Managua, 10.-14. Januar 1983

1. In Übereinstimmung mit der Entscheidung des Ministertreffens der blockfreien Länder, abgehalten am Hauptquartier der Vereinten Nationen, New York, vom 4. bis 9. Oktober 1982, traf das Koordinationsbüro der blockfreien Länder in Managua, Nicaragua, vom 10. bis 14. Januar 1983 zu einer außerordentlichen Ministertagung zusammen, um im Rahmen der Prinzipien und Ziele der Bewegung Blockfreier Staaten die Situation in Lateinamerika und der Karibik zu analysieren, mit dem Ziel, einen Beitrag für die Suche wirklicher Lösungen zu leisten, um wirkliche Lösungen für die starken Spannungen und Konflikte zu finden, denen die Region ausgesetzt ist, um Frieden und Stabilität in diesem Gebiet zu erreichen.
2. Die folgenden Mitglieder des Koordinationsbüros nahmen an dem Treffen teil: Bangladesh, Benin, Bhutan, Burundi, Ethiopien, Ghana, Guyana, Indien, Indonesien, Irak, Jamaica, Jordanien, Kamerun, Kongo, Demokratische Volksrepublik Korea, Kuba, Laos, Madagaskar, Mozambique, Nigeria, PLO, Panama, Peru, Somalia, Sri Lanka, Syrien, Togo, Demokratische Republik Yemen, Jugoslawien, Zaire, Zambia, Zypern.
3. Die folgenden Mitglieder der Bewegung nahmen auch teil: Ägypten, Afghanistan, Algerien, Angola, Argentinien, Belize, Bolivien, Cap Verde, Ecuador, Grenada, Guinea, Guinea-Bissao, Iran, Kenia, Kuwait, Liberia, Libyen, Malaysia, Mali, Malta, Marokko, Nicaragua, Oman, Pakistan, Qatar, Santa Lucia, Sao Tomé & Príncipe, Senegal, Singapur, SWAPO, Sudan, Surinam, Swaziland, Tansania, Tschad, Tunesien, Uganda, Obervolta, Vereinigte Arabische Emirate, Vietnam, Arabische Republik Yemen, Zimbabwe.
4. Repräsentanten der folgenden Länder und nationaler Befreiungsbewegungen nahmen als Beobachter teil: Barbados, Brasilien, El Salvador, Kolumbien, Mexiko, die Philippinen, Venezuela, der Afrikanische Nationalkongreß (ANC), die Solidaritätsorganisation Afro-Asiatischer Völker (AAPSO), die Liga der Arabischen Staaten, der Panafrikanische Kongreß von Azania (PAC), die Sozialistische Partei Puerto Ricos und die Vereinten Nationen.
5. Repräsentanten der folgenden Länder und Organisationen waren als Gäste anwesend: Finnland, Österreich, Spanien, Schweden, Rat der Vereinten Nationen für Namibia, UNDP, UNESCO und UNIDO.
6. Während der Eröffnungssitzung hatte die Versammlung Gelegenheit, die wichtige Rede von Daniel Ortega Saavedra, Kommandant der Revolution und Koordinator der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus der Republik Nicaragua und Mitglied der Nationalen Leitung der Sandinistischen Befreiungsfront zu hören. Der Text dieser Rede wurde einstimmig als Dokument der Konferenz angenommen.
7. Kommandant Ortega hob die Notwendigkeit hervor, die Einheit der Bewegung zu bewahren und zu verstärken, mit dem Ziel, zum Frieden in Lateinamerika und der Karibik auf der Basis der Prinzipien und Ziele der Blockfreiheit beizutragen. Gleichzeitig erinnerte er an die Diffamierungskampagne, die weltweit gegen Nicaragua initiiert wurde, um das Land auf diese Weise politisch und ökonomisch zu isolieren und die militärischen Aggressionen zu rechtfertigen.
8. Die Minister erachteten die Rede als einen wichtigen Beitrag für ihre Diskussion und den Erfolg der Sitzung.
9. Die Minister gingen davon aus, daß die erstmalige Abhaltung eines Treffens der Staats- oder Regierungschefs blockfreier Länder in der Region Lateinamerika und der Karibik einen wichtigen Schritt darstellte, der den wachsenden Einfluß der Bewe-

gung in dieser Region widerspiegelt. In dieser Hinsicht würdigten sie auch den wichtigen Beitrag, den Kubas Regierungschef Fidel Castro zur Entwicklung und Verbreitung der Ziele der Blockfreienbewegung in der Region und der Suche nach Lösungen für internationale Probleme, speziell in Südafrika und dem Mittleren Osten, welche den Frieden und die internationale Sicherheit ernstlich bedrohen, geliefert hat.

10. Die Minister betonten erneut ihr Eintreten für die Blockfreiheit als wichtigen Faktor der internationalen Beziehungen. Sie unterstrichen die unabhängige und konstruktive Rolle der Bewegung in internationalen Angelegenheiten und ihre grundlegenden Prinzipien und Ziele: insbesondere die Prinzipien der Selbstbestimmung, der Nicht-Intervention und Nicht-Einmischung in die inneren und äußeren Angelegenheiten von Staaten, der Achtung der Souveränität, territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit der Staaten, der friedlichen Koexistenz und der Nichtanwendung von Gewalt.

11. Wie in anderen Krisenregionen der Welt, so sind auch in Lateinamerika und der Karibik die Konflikte und Spannungen durch die Verletzung dieser Prinzipien verschärft worden.

12. Die Minister betonten, daß das Abhalten der Konferenz des Koordinationsbüros in Managua, um die Situation in Lateinamerika und der Karibik zu erörtern, einmal mehr die universelle Anwendbarkeit der Prinzipien und Politik der Bewegung Blockfreier Staaten bestätigt. Sie hoben hervor, daß dieses Treffen in einem Augenblick ernster Spannungen in der Region abgehalten wurde, und nahmen insbesondere Kenntnis von dem Druck und den Angriffen in allen Formen, ausgeführt von äußeren Mächten, die Frieden und internationale Sicherheit bedrohen. Sie gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß das Treffen die Blockfreiheit nicht nur in der lateinamerikanischen und karibischen Region, sondern im allgemeinen stärken würde.

13. Die Minister sprachen den lateinamerikanischen und karibischen Mitgliedstaaten ein Lob für ihren Beitrag zur Verbreitung der Prinzipien und der Politik der Blockfreien aus, im allgemeinen wie im speziellen Fall dieser Region. Sie nahmen mit Befriedigung die - vor weniger als einem Jahr erfolgte - Aufnahme von Ecuador, Belize und St. Lucia in die Bewegung zur Kenntnis und drückten ihre Überzeugung aus, daß die Blockfreienbewegung auch künftig in Lateinamerika und der Karibik verstärkt werde.

14. Die Minister wiesen darauf hin, daß in der Region tiefgreifende Veränderungen im Gange seien und betonten die historische Bedeutung der demokratischen, antiimperialistischen, antikolonialistischen und antirassistischen Kämpfe der Völker Lateinamerikas und der Karibik für ihre Befreiung und die Festigung ihrer Unabhängigkeit. Sie bekräftigen ihre Unterstützung für die Anstrengungen der Völker dieser Region, ihre Souveränität und Unabhängigkeit voll wahrzunehmen und ihre Respektierung zu sichern. Sie hoben hervor, daß Lateinamerika und die Karibik keinesfalls als strategische Reserve irgendeines Staates betrachtet werden könnten.

15. Die Minister bekräftigten das souveräne Recht der Völker der Region, ihr eigenes politisches, wirtschaftliches und soziales System frei von jeglicher ausländischer Einmischung zu wählen. Sie forderten alle Staaten auf, die Prinzipien der Nicht-Intervention zu achten und in den internationalen Beziehungen nicht auf die Anwendung von Gewalt oder auf die Drohung mit Gewaltanwendung zurückzugreifen. Sie verpflichteten den Anstrengungen der Region bei, ihre Einheit, Solidarität und Kooperation zu festigen, und begrüßten auch die Anstrengungen, eine regionale Organisation zu schaffen, welche die Interessen aller Länder dieser Region vertreten soll (1).

16. Die Minister gaben ihrer tiefen Besorgnis über die alarmierende Verschlechterung der internationalen wirtschaftlichen Situation und dem Mangel an Fortschritt in Errichtung einer Neuen Internationalen Weltwirtschaftsordnung Ausdruck. Sie erachteten die ständige Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen in der Welt, mit ihren besonders schweren Konsequenzen für die Wirtschaften der Entwicklungsländer, als Ausdruck einer Krise struktureller Natur, die zu einer der ernsthaftesten und potentiell

zerstörerischsten politischen Probleme unserer Zeit geworden ist. Die Minister betonten die Notwendigkeit dringlicher, wirksamer und ausgewogener Lösungen für die aktuelle Weltwirtschaftskrise und wiesen in diesem Zusammenhang auf die kürzlich von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete Resolution hin, welche weltwirtschaftliche Notmaßnahmen fordert.

17. Die Minister betonten, daß u.a. die Abschwächung wirtschaftlichen Wachstums und wirtschaftlicher Aktivitäten, die Erhöhung des Zahlungsbilanzdefizits der Entwicklungsländer, die Verschlechterung ihrer "Terms of Trade", die schädlichen Auswirkungen der hohen Zinssätze auf den Schuldendienst und auf den Zugang zum internationalen Kapitalmarkt, der Rückgang der multilateralen Entwicklungshilfe, die Unsicherheit und Unangemessenheit der Nahrungsmittelhilfe und die protektionistischen Barrieren gegen die Exporte der Entwicklungsländer das wirtschaftliche Wachstum der Dritte-Welt-Länder ernsthaft behindern. Deshalb seien dringende und wirksame Maßnahmen von seiten der internationalen Gemeinschaft erforderlich.

18. In diesem Zusammenhang bekräftigen die Minister, daß die Runde von Globalverhandlungen der geeignete Rahmen bleibt, um die wirtschaftlichen und Entwicklungsprobleme in zusammenhängender, integrierter und gleichzeitiger Weise zu behandeln. Dies stellt ein Hauptziel der Entwicklungsländer dar. Deshalb fordern sie das schnelle In-Gang-Bringen der Globalverhandlungen und riefen die Industrieländer auf, die bisher diese Beratungen verhindert haben, in diesen Anstrengungen zusammenzuarbeiten, um zu einer baldigen Erreichung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung beizutragen.

19. Die Minister nahmen besorgt zur Kenntnis, daß die internationale Wirtschaftskrise die lateinamerikanischen und karibischen Länder schwer betroffen hat, was sich in der Tatsache zeigt, daß die Region erstmals seit 40 Jahren ein negatives Wirtschaftswachstum zu verzeichnen hatte, daß die Inflationsrate den noch nie dagewesenen Stand von 80% erreichte, daß die traditionell hohe Arbeitslosenrate erneut anstieg und der Anteil der Bevölkerung, die in absoluter Armut lebt, bedeutend zunahm.

20. Der Einschätzung der Minister zufolge ist einer der Hauptfaktoren, die zu dieser kritischen Situation geführt haben, im radikalen Preisverfall der Rohstoffe und Güter, welche die Region exportiert, zu suchen. Einige von ihnen liegen noch unter denen von 1930. Weitere Ursachen sind die Politik der USA, Teile ihrer strategischen Reserven an Rohstoffen auf den Markt zu werfen und damit zu bedeutenden Preisrückgängen beizutragen, sowie die hohen Zinssätze, die derzeit vorherrschen, und die Verstärkung und breitere Streuung der protektionistischen Wirtschaftspolitik, speziell die Erhebung von Zöllen durch einige Industrieländer. Sie fügten hinzu, daß die Verringerung der Deviseneinnahmen der Entwicklungsländer den internationalen Schuldendienst erschwere und die Entwicklung der Länder behinderten. Sie erneuerten ihre Aufforderung an die Regierungen der Industrieländer, dringende und wirksame Maßnahmen zum Abbau dieser Praktiken zu ergreifen, die den internationalen Handel schädigen, und so ihren Beitrag zu befriedigenden Ergebnissen bei den laufenden internationalen Verhandlungen zu leisten. Die Minister sehen die VI. UNCTAD-Konferenz, die im Juni in Belgrad abgehalten wird, als neue und wichtige Möglichkeit, Lösungen der Handels- und Entwicklungsprobleme näherzukommen. In diesem Zusammenhang unterstrich man die Wichtigkeit einer gemeinsamen Verhandlungsposition der Entwicklungsländer, innerhalb des Rahmens der Gruppe der 77, um so wirksam zu erfolgreichen Ergebnissen der UNCTAD-VI-Konferenz beitragen zu können (2).

21. Die Minister registrierten mit Besorgnis die beispiellose Zunahme der Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer und wiesen darauf hin, daß die Verschuldung Lateinamerikas wegen ihrer Höhe besonders ernst sei: sie beträgt mehr als 300 Mrd. US-Dollar, oder etwa die Hälfte der Auslandsverschuldung aller Entwicklungsländer. Das atemberaubende Wachstum der Schulden und die damit einhergehende Verschlechterung der Bedingungen sind Ausdruck der Irrationalität der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung, Ausdruck dafür, daß den Entwicklungsländern die Kosten für Maßnahmen aufgebürdet werden, die die Industrieländer treffen, um die Krise zu überwinden. Dazu

gehört auch die Verringerung der Entwicklungshilfe und besonders die Finanzpolitik der wichtigsten Industrieländer. In diesem Sinne begrüßten die Minister die Initiativen, die Auslandsschulden der lateinamerikanischen Länder gemeinsam innerhalb des Kontextes der Anstrengungen aller Entwicklungsländer zu verhandeln, einen breiten und ausgewogenen multilateralen Rahmen abzustecken, innerhalb dessen die Finanzprobleme der Entwicklungsländer gelöst werden können.

22. Den Daten der CEPAL zufolge benötigen die zentralamerikanischen Länder 20 Mrd. US-Dollar an externer Wirtschaftshilfe in der Periode 1982-1990, eine Zahl, die bedeutend erhöht werden muß, nimmt man den Bedarf der Karibik-Länder hinzu, um die erforderlichen Entwicklungsmaßnahmen zu finanzieren. Das ist ein Beleg dafür, wie stark die zentralamerikanischen und karibischen Länder von der Weltwirtschaftskrise betroffen sind. Diese Situation in Betracht ziehend, forderten die Minister die Länder der Region zur verstärkten Kooperation unter sich und mit anderen Entwicklungsländern außerhalb der Region auf. Die Minister zeigten sich befriedigt darüber, daß einige lateinamerikanische und karibische Länder Hilfsprogramme für andere Länder der Region in Gang gesetzt haben. Gleichzeitig forderten sie die Industrieländer auf, ihre Kooperation mit Zentralamerika und der Karibik zu verstärken und den Fluß multilateraler Ressourcen zu erhöhen, ohne dabei irgendein Land zu diskriminieren.

23. Die Minister forderten die internationale Staatengemeinschaft auf, besonders der Lage der kleinen Inselstaaten der Region Rechnung zu tragen. Sie unterstrichen im besonderen die Dringlichkeit besonderer Anstrengungen von Weltbank und Internationalem Währungsfond, um diesen Ländern die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Dabei sollten die Kreditvergabe-Bedingungen, welche für die größeren Länder entwickelt worden sind und Geltung haben, in adäquater Weise an die Finanz- und Wirtschaftsstrukturen der kleinen Inselstaaten angepaßt werden.

24. Die Minister verurteilten den Gebrauch von wirtschaftlichen Druckmitteln und Sanktionen gegen Nicaragua, Cuba, Grenada, Argentinien und - kürzlich - Surinam. Sie nahmen den Schaden zur Kenntnis, den diese Druckmittel und Sanktionen gegenüber den Entwicklungsanstrengungen der betroffenen Länder ausüben. Sie fordern eine Beendigung des Embargos, der Wirtschaftsblockaden und anderer Zwangsmaßnahmen, die gegen diese Länder angewendet werden. Sie bekräftigen das Recht aller Staaten auf volle Ausübung ihrer nationalen Souveränität und der Selbstbestimmung des wirtschaftlichen und sozialen Systems, das sie für die angestrebte Entwicklung als angemessen betrachten.

25. Die Minister wiesen nachdrücklich auf die wachsende Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern hin, die einen grundlegenden Teil der Anstrengungen für die Schaffung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung und einen Schritt zur Collective Self-Reliance darstellt. In dieser Hinsicht erachteten sie die Rolle als positiv, die die lateinamerikanischen Länder bei der Verwirklichung des "Caracas Aktionsprogramms für ökonomische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern" gespielt haben, wie den Fortschritt, den die lateinamerikanischen Länder bei der Förderung der Zusammenarbeit unter sich selbst gemacht haben, durch die Hervorhebung, die die SELA und CARICOM auf diesem Gebiet als die repräsentativen wirtschaftlichen Foren dieser Region gespielt haben. Die Minister wiesen auf die Erklärung der SELA von Panama vom Dezember 1981 hin, welche die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Lateinamerika und den USA zum Thema hat, des weiteren auf die kürzlichen Beschlüsse zur Einführung eines regionalen wirtschaftlichen Sicherungssystems und die gemeinsame Zurückweisung von wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen; wie auf die Beschlüsse der lateinamerikanischen Länder innerhalb der SELA und bei der 17. Regionalkonferenz der FAO in Nicaragua im September 1982, über die Errichtung eines gemeinsamen Nahrungsmittelversorgungs-Sicherungs-Systems und die Zurückweisung des Gebrauchs von Nahrungsmitteln als politischer Waffe.

Mittelamerika

26. Die Situation in der Region analysierend, kamen die Minister zu der Auffassung, daß Mittelamerika zur Zeit eine ernste politische, wirtschaftliche und soziale Krise erlebt. Diese sei zurückzuführen auf die traditionellen Repressionsstrukturen und die nationalen ökonomischen Strukturen, welche Verarmung, Ungleichheit und Leiden hervorrufen. Sie wird verstärkt durch die Intervention und Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder der Region, denen sie seit dem letzten Jahrhundert ausgesetzt sind.
27. Die Minister machten geltend, daß man die Entwicklungsprozesse in Lateinamerika nicht in die ideologische Ost-West-Konfrontation einreihen könne und auch nicht daraus erklären könne. Obwohl die Krise in der Region nicht isoliert von den übrigen Geschehnissen in der Welt betrachtet werden könnte, die durch die Konfrontation der Großmächte gekennzeichnet sind, wird sie durch die Verstärkung der imperialistischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten der Region noch verstärkt (3).
28. Die Minister kamen darin überein, die US-Regierung aufzufordern, eine konstruktive Position für Frieden und Dialog mit Nicaragua einzunehmen, um dazu beizutragen, politische Verhandlungslösungen für die Probleme in dieser Region zu finden. Sie forderten die internationale Staatengemeinschaft auf, für den Erfolg dieser Zielsetzung zu arbeiten.
29. Die Minister gaben ihrer Wertschätzung der prinzipiellen Position Ausdruck, die die Länder Lateinamerikas und der Karibik in der Unterstützung der gerechten Sache des palästinensischen Volkes eingenommen haben. Sie gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß diese Haltung der Solidarität und Unterstützung sich in der Zukunft verstärken und ausweiten werde, und riefen die Länder Lateinamerikas und der Karibik auf, aktiv an der nächsten Konferenz der UNO über Palästina und den Vorbereitungen dazu teilzunehmen, um zu einer allgemeinen, gerechten und dauerhaften Lösung zu kommen, die dem Leiden des palästinensischen Volkes, aufgezwungen durch Israel, ein Ende setzt.
30. Die Aufmerksamkeit der lateinamerikanischen und karibischen Völker auf die von Israel in den vergangenen 35 Jahren im Nahen Osten begangenen Verbrechen lenkend, verurteilten die Minister die Tatsache, daß sich Israels Verbindungen mit Lateinamerika - insbesondere Mittelamerika - verstärken und seine Einmischung in dieser Region in der letzten Zeit zugenommen hat. Dies bringt zusätzliche Konfliktelemente und bedroht Frieden und Sicherheit in diesem Teil der Welt, insbesondere durch den Waffenhandel zwischen Israel und einigen Ländern dieser Region, der das militärische und wirtschaftliche Potential Israels finanzieren hilft, damit es weiter seine Siedlungspolitik und Besetzung von palästinensischen und anderen arabischen Territorien verfolgen kann. Es verstärkt ebenfalls die israelische Wirtschaft, die auf der Kriegindustrie und der Produktion von Vernichtungswaffen und -gütern beruht.
31. In diesem Zusammenhang erklärten die Minister erneut ihre Unterstützung für den gerechten Kampf der arabischen Völker, der auf die Befreiung der besetzten Gebiete und die Wiederherstellung der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes gerichtet ist.
32. Die Minister riefen die lateinamerikanischen Staaten, die nach wie vor mit Israel kooperieren, auf, diese Zusammenarbeit abzubrechen und Maßnahmen gegen die israelische Einmischung zu treffen, um diese zu beenden.
33. Die Minister verwiesen auf die Benutzung Israels durch die USA für ihre Interventionspraktiken in Lateinamerika. In diesem Zusammenhang verurteilen die Minister die Besuche israelischer Offizieller in einer Reihe lateinamerikanischer Staaten, die u.a. zu militärischen Abkommen und der Verstärkung der US- und israelischen Intervention in den Angelegenheiten der Region beigetragen haben, was zu erhöhten Spannungen und zu einer möglichen Eskalation der Konflikte führen kann (4).

34. Die Minister stimmten darüber überein, daß das zionistische Regime, ein prinzipieller Verbündeter Somozas und der faschistischen und rassistischen Regime, Architekt der Politik der Auslöschung des palästinensischen Volkes, durch die Besetzung eines Teils des Libanons und seine Aggression gegen das palästinensische und libanesische Volk den Gipfel seines Rassismus und Imperialismus erreicht habe. Die Minister verurteilten diese Politik (5).
35. Die Minister erinnerten an den Beschluß des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, in dem der Abzug der diplomatischen Vertretungen aus Jerusalem gefordert wird. Sie verurteilten die Entscheidung eines lateinamerikanischen Staates, seine Botschaft in Jerusalem wieder zu eröffnen und so die Entscheidung des Sicherheitsrates und die internationale öffentliche Meinung zu mißachten.
36. Die Minister verurteilten die Drohungen und Aggressionen gegen Nicaragua, die Finanzierung von verdeckten Aktionen, die Benutzung US-amerikanischen Territoriums und das der Nachbarländer Nicaraguas für die Ausbildung konterrevolutionärer Kräfte, die Verletzung des nicaraguanischen Luftraumes und seiner Hoheitsgewässer durch US-amerikanische Flugzeuge und Schiffe. All das brachte in der Folge terroristische Aktionen, bewaffnete Angriffe, Brückensprengungen und andere Sabotageakte zum Sturz der Revolutionären Regierung mit sich, bei denen seit 1979 400 Nicaraguenser ermordet, verletzt oder entführt wurden. Hinzu kamen materielle und infrastrukturelle Verluste in bedeutender Höhe (6).
37. Die Minister verurteilten insbesondere die systematischen Attacken, durchgeführt von der nördlichen Grenze, der bewaffneten Banden aus somozistischen ehemaligen Nationalgardisten gegen Nicaragua. Sie stellten fest, daß diese Aktionen einen Teil des systematischen Plans darstellen, Nicaragua zu bedrohen und zu destabilisieren, wie dies von einer fremden Macht öffentlich zugegeben wurde.
38. Die Minister verurteilten auch die systematische ökonomische Destabilisierungskampagne gegen Nicaragua als Teil der interventionistischen Politik, die ebenso ihren Ausdruck findet in der Förderung terroristischer Aktionen, die die normale landwirtschaftliche Produktion behindern sollen; in der Förderung der industriellen Dekapitalisierung, der Förderung von Sabotageakten gegen Straßen und Produktionsinfrastruktur; wie der bilateralen und multilateralen Pressionen, die verhindern sollen, daß Nicaragua Kredite und Hilfe erhält, die es für seine Entwicklung benötigt.
39. Die Minister begrüßten Nicaraguas festen, wiederholt geäußerten Wunsch zum Frieden, der sich in ihren Initiativen zum direkten Dialog mit Honduras und den USA ausdrückt, und sie fordern den Weltsicherheitsrat auf, die Friedensinitiativen Nicaraguas sorgfältig in Betracht zu ziehen.
40. Angesichts des Ernstes der in den vorhergehenden Paragraphen beschriebenen Lage betonten die Minister erneut ihre feste Solidarität mit der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus und dem nicaraguanischen Volk in seinem mutigen Kampf zur Verteidigung und Festigung der Revolution und zur Aufrechterhaltung der Souveränität und Unabhängigkeit des Landes.
41. Angesichts der besonders angespannten Lage, die heute in Mittelamerika herrscht, beschlossen die Minister, das Koordinationsbüro aufzufordern, die sehr genaue Beobachtung der Ereignisse in der Subregion fortzusetzen, insbesondere die Aggressionsakte gegen Nicaragua und die für die jeweilige Situation angemessenen Maßnahmen zu ergreifen (6).
42. Die Minister begrüßten die Friedensinitiativen Mexikos und Venezuelas, beides Beobachter in unserer Bewegung, in der die Präsidenten der beiden Länder ihre tiefe Besorgnis über das äußerten, was sie als gefährliche Verschlechterung der Situation in Mittelamerika und besonders der Beziehungen zwischen Honduras und Nicaragua beschreiben. Die Minister begrüßen die Bereitschaft Mexikos und Venezuelas, einen Dialog zwischen den Regierungen von Honduras und Nicaragua zu fördern, der eine Ver-

ständigung ermöglichen soll. Sie registrierten die positive Antwort Nicaraguas auf diesen Vorschlag und forderten Honduras auf, in naher Zukunft darauf einzugehen.

43. Die Minister nahmen mit großem Interesse den Aufruf zur Kenntnis, den die Außenminister Kolumbiens, Mexikos, Panamas und Venezuelas auf ihrem Treffen am 8. und 9. Januar in Panama an alle mittelamerikanischen Länder erlassen haben, durch Dialog und Verhandlungen die Spannungen zu mildern und die Grundlagen für eine dauerhafte Atmosphäre der friedlichen Koexistenz und des gegenseitigen Respekts zwischen den Staaten zu legen. Die Außenminister betonten außerdem die Bedeutung, daß andere lateinamerikanische und karibische Länder diese Anstrengungen zur Förderung des Friedens unterstützen.

44. Sie erachteten auch ihre Entscheidung als einen positiven Schritt, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen mittelamerikanischen und karibischen Staaten fortzusetzen. Sie gingen davon aus, daß diese Zusammenarbeit einen Beitrag dazu leisten würde, politische Stabilität und sozialen Frieden in der Region zu erreichen.

45. Die Minister unterstrichen, daß die Wahl Nicaraguas in den Sicherheitsrat die Positionen und Ziele der Blockfreienbewegung in diesem Organ stärken werden.

46. Die Minister riefen alle zentralamerikanischen Staaten auf, ihre Probleme selbst zu lösen, frei von jeder ausländischen Einmischung, und mitzuhelfen, eine Situation des Friedens und der Entspannung zu schaffen, welche zur politischen Stabilität und der ökonomischen Entwicklung in der Region führen und so zu internationalem Frieden und internationaler Sicherheit beitragen wird.

47. Die Minister drückten ihre Besorgnis darüber aus, daß die Situation in El Salvador sich wegen der Fortdauer der imperialistischen Intervention und Repression verschärft habe, was eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit in der Region darstelle. Sie forderten deshalb eine sofortige und bedingungslose Beendigung der Einmischung. In diesem Zusammenhang drückten sie auch ihre Besorgnis über die wachsende Einbeziehung der Armee von Honduras in den Konflikt aus, was zu seiner Ausweitung beitragen könne. Auch forderten die Minister die Regierung der USA auf, eine konstruktive Position einzunehmen, die zu einer friedlichen Lösung des Problems beiträgt (7).

48. Ihren Aufruf bekräftigend, den sie in Havanna während der Ministertagung des Koordinationsbüros im Juni 1982 in Havanna gemacht haben, erkannten die Minister die Notwendigkeit an, eine Verhandlungslösung unter Beteiligung aller repräsentativen politischen Kräfte zu fördern, für die eine dieser Kräfte, die FDR-FMLN, ein Angebot zum Dialog ohne Vorbedingungen gemacht hat. Die Minister begrüßten die Friedensinitiative von Mexiko und Venezuela, von Frankreich und Mexiko, wie alle anderen Initiativen, die das gleiche Ziel verfolgen, und bedauern jeden Versuch, die Verhandlungen zu ver- oder zu behindern (8).

49. Erinnerung an die Resolutionen der 6. Gipfelkonferenz stellten die Minister fest, daß Guatemala einen weiteren Spannungsherd in der Region darstellt und daß die imperialistische Intervention und Unterdrückung in diesem Land nicht aufgehört hat. Sie gaben auch ihrer Besorgnis über die Verstärkung der militärischen Verbindungen zwischen dem zionistischen Regime von Israel und Guatemala Ausdruck (9).

50. Die Minister verurteilten die expansionistische Politik der guatemaltekischen Regierung, die eine neue Gefahr für den Frieden und die Stabilität in dieser Region darstelle, und unterstrichen, daß die Anwendung von Gewalt gegen das Nachbarland Belize nicht hingenommen werden könne (10).

51. Die Minister sahen mit Zufriedenheit die positive Rolle, die Panama in der mittelamerikanischen und karibischen Region spielt, und riefen das Land auf,

seine Bemühungen weiterhin zu verstärken, um zu einem dauerhaften und gerechten Frieden in der Region einen Beitrag zu leisten.

52. Die Minister wiederholten, daß sie die Übergabe der juristischen, polizeilichen und Strafvollzugs-Hoheit durch die USA an Panama für das Gebiet der ehemaligen "Kanalzone", die im März 1982 erfolgte, begrüßen. Sie betonten ebenfalls, daß das Gesetz Nr. 9670 des US-Kongresses nicht mit den Torrijos-Carter-Verträgen vereinbar sei, sondern diese verletze. Weiterhin bekundeten sie ihre Solidarität mit dem panamesischen Volk und der panamesischen Regierung und sprachen sich für die vollständige Erfüllung der Kanalverträge und der vollständigen Respektierung der Neutralität des Kanals aus (11).

Die Karibik

53. Die Minister beobachteten mit Besorgnis die Aufrechterhaltung kolonialistischer Politik und das Anwachsen ökonomischen Drucks, Drohungen und Aggressionsakten in der Karibik. Dies alles stellt eine reale Gefahr für den Frieden, die Sicherheit und Entwicklung in diesem Gebiet dar.

54. Die Minister drückten ihre Besorgnis über die militärischen, politischen und ökonomischen Pressionen der Imperialisten gegenüber Grenada aus. Sie verurteilten ebenfalls den Wirtschaftsboykott, die feindliche Propaganda, die Durchführung von Flottenmanövern in der Nähe des Territoriums von Grenada und die Verletzungen des Luftraums, die zum Ziel haben, die Regierung dieses Landes zu destabilisieren. Sie gaben der beständigen Solidarität für Volk und Regierung von Grenada Ausdruck.

55. Die Minister forderten alle Staaten auf, die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Belizes zu respektieren und seine ökonomische Entwicklung fördern zu helfen.

56. Die Minister erneuerten ihre bedingungslose Unterstützung für die Unabhängigkeit und territoriale Integrität und verurteilten jeden Druck und jede Drohung, die die volle Ausübung dieser Rechte verhindern sollen. In dieser Hinsicht unterstützen die Minister das Recht von Volk und Regierung von Belize, die dazu für notwendig erachteten Maßnahmen zu ergreifen, um den Drohungen wirksam begegnen zu können. Dabei sollten die Prinzipien der Blockfreienbewegung Beachtung finden. Die Minister rufen ebenfalls alle Staaten auf, besonders die Mitglieder der Blockfreienbewegung, zur ökonomischen Entwicklung dieses Landes beizutragen.

57. Die Notwendigkeit bestätigend, daß alle Formen und Erscheinungen des Kolonialismus beseitigt werden müssen, und in Übereinstimmung mit der Resolution 1514 (XV) bekräftigten die Minister ihre Unterstützung des unveräußerlichen Rechtes des puertoricanischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit (12).

58. Die Minister erklärten ihre Unterstützung für die Anstrengungen Surinams, seine Unabhängigkeit und Souveränität zu konsolidieren und seine Zukunft entsprechend den Interessen des eigenen Volkes zu gestalten. Sie verurteilten die kürzlich erfolgten Versuche zur Destabilisierung der Regierung (13).

59. Die Minister nahmen die Maßnahmen zur Kenntnis, die einige Länder gegen die Regierung der Republik Surinam wegen rein interner Vorgänge in Surinam ergriffen haben. Diese Maßnahmen gefährden ernsthaft die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Volkes von Surinam und haben sich darüber hinaus zu einem direkten Versuch der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates entwickelt, was den international akzeptierten Regeln des Völkerrechts widerspricht (14).

60. Die Minister sprachen der Regierung von Guyana ihre Anerkennung für das aus, was diese zur Konsolidierung der Unabhängigkeit und Souveränität und für die Erreichung einer sicheren Zukunft für ihr Volk unternommen hat. Was den Anspruch Vene-

zuelas auf mehr als zwei Drittel des Territoriums von Guyana betrifft, erinnerten sie daran, daß das Protokoll von Port of Spain seit Juni 1982 seine Gültigkeit verloren hat. Die Minister riefen zu einer gerechten und friedlichen Lösung des Konflikts auf, die sich gründet auf den in den §§134 und 135 des Schlußkommuniqués des Ministertreffens des Koordinationsbüros von Havanna im Juni 1982 niedergelegten Prinzipien, insbesondere denen, die die Unzulässigkeit von Drohungen oder Gewaltanwendung für die Lösung von Konflikten, wie den Respekt vor der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität und die strikte Einhaltung des Genfer Abkommens von 1966 ansprechen.

61. Die Minister drückten ihre Besorgnis über die wachsenden Drohungen mit militärischen Angriffen gegen Kuba aus, wie sie in der Verabschiedung des "Symms-Amendment" durch den amerikanischen Senat zum Ausdruck kommt und wie sie durch Äußerungen von wichtigen Repräsentanten der Regierung der USA wiederholt wurden, wie über die anhaltenden Verletzungen des Luft- und Seeraums Kubas, einschließlich der dauernden Spionageflüge, die durch amerikanische Militärdienststellen angeordnet wurden (15).

62. Die Minister erinnerten an die Solidarität, die die Blockfreienbewegung mit Kuba geübt hat, und forderten die USA-Regierung noch einmal auf, die Wirtschaftsblockade unverzüglich und bedingungslos aufzuheben. Sie riefen ebenso zur Beendigung anderer feindseliger Aggressionsakte und Drohungen gegen Kuba auf, die seit 22 Jahren aufrechterhalten werden und kürzlich durch neue restriktive Maßnahmen gegen Kubas Finanz-, Kredit- und Handelsbeziehungen verstärkt wurden. Ebenso erneuerten die Minister ihre Unterstützung für die gerechtfertigten Forderungen des kubanischen Volkes auf Rückgabe des illegal besetzten Territoriums der Marinebasis von Guantánamo und auf Kompensationszahlungen für die durch die Blockade entstandenen materiellen Schäden und für alle anderen Aktionen imperialistischer Aggression (16).

63. Angesichts der vielen Initiativen und Vorschläge, die Länder der Region in ihren Anstrengungen gemacht haben, den Frieden zu erreichen, die Unabhängigkeit zu bewahren und die Entwicklung zu festigen, unterstützten die Minister die Anstrengungen, Mittelamerika und die Karibik zu einer Zone des Friedens zu erklären.

Südamerika

64. Die Minister warnten mit Sorge davor, daß in Südamerika Spannungsherde fortbestehen, aufgrund der Präsenz kolonialer Mächte, der Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Ländern der Region, der fortgesetzten Entwicklungsprobleme einiger dieser Länder sowie des Bestehens politischer und militärischer Kooperation zwischen einigen dieser Länder und dem Apartheid-Regime in Südafrika und dem zionistischen Regime in Israel. Die Minister begrüßten die mutige Entscheidung der Regierung Kolumbiens, die diplomatischen Beziehungen mit dem Apartheid-Regime in Pretoria abubrechen (17).

65. Die Minister erneuerten ihre Unterstützung für die Entscheidungen früherer Konferenzen und Treffen der Bewegung Blockfreier Staaten, die der Unterstützung für das Recht der Republik Argentinien Ausdruck gaben, ihre Souveränität über die Malwinen auf dem Weg von Verhandlungen wiederherzustellen. Sie bekräftigten die Notwendigkeit, daß die Parteien den Interessen der Bevölkerung der Inseln gebührend Rechnung tragen. Sie wiesen darauf hin, daß der Kampf gegen Kolonialismus, Neokolonialismus, Imperialismus, Hegemoniestreben, Apartheid und Rassismus und alle Formen von Fremdherrschaft; die volle Achtung für die Souveränität und territoriale Integrität; Nichtanwendung und Verzicht auf Drohung mit der Anwendung von Gewalt; und die friedliche Lösung von Streitfällen Grundprinzipien der Bewegung Blockfreier Staaten sind (18).

66. Unter Hinweis auf die Ausführungen des Schlußkommuniqués der Ministertagung des Koordinationsbüros, abgehalten 1982 in Havanna, erkannten die Minister an, daß die Malwinen, Südgeorgien und die Süd-Sandwich-Inseln ein integraler Bestandteil der

lateinamerikanischen Region sind. In dieser Beziehung gaben sie ihrer Zufriedenheit über die Solidarität und feste Unterstützung Ausdruck, die Lateinamerika und andere blockfreie Länder Argentinien in seinen Anstrengungen geben, diesen Streitfall zu lösen und einer Konsolidierung der existierenden kolonialen Situation auf diesen Inseln vorzubeugen (19).

67. Die Minister erklärten, daß der Weg zur Dekolonisierung der Gebiete, die in die Malwinen-Frage einbezogen sind, darin besteht, den Souveränitätskonflikt zwischen der argentinischen und der britischen Regierung zu lösen. Sie fordern beide Staaten auf, die Verhandlungen unter der Teilnahme und der guten Dienste des Generalsekretärs der Vereinten Nationen wieder zu eröffnen, so daß eine friedliche und dauerhafte Lösung des Konflikts so schnell wie möglich erreicht werden kann, in Übereinstimmung mit den Prinzipien und Entscheidungen der Bewegung Blockfreier Staaten und den Resolutionen der Generalversammlung 1514 (XV), 2065 (XX), 3160 (XXVIII), 31/49, 37/9 und den Sicherheitsratsresolutionen 502 (1982) und 505 (1982) (20).

68. Die Minister erachteten die massive militärische und Marine-Präsenz und die Aktivitäten des Vereinigten Königreichs in der Malwinen-Region als einen Grund ernster Sorge für die Länder der Region, die die Stabilität in dem Gebiet ungünstig beeinflussen (21).

69. Die Minister bekräftigen noch einmal ihre uneingeschränkte Unterstützung für die legitime und gerechte Forderung der Republik Bolivien nach direktem und nutzbarem Zugang zum Pazifischen Ozean, über den sie die volle Souveränität ausüben würde. Überzeugt davon, daß die Lösung dieses Problems im Interesse der internationalen Gemeinschaft ist, und erinnernd daran, daß internationaler Frieden und Sicherheit nach einer solchen Lösung verlangen, riefen sie alle Staaten auf, ihre Solidarität mit diesem unveräußerlichen Recht des bolivianischen Volkes zu äußern. Die Minister gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß eine ausgewogene Lösung für dieses Problem bei Anwendung der in der UN-Charta festgelegten friedlichen Verfahrensweise und den Zielen der Bewegung Blockfreier Staaten gefunden werden könnte (22).

70. Die Minister nahmen mit Befriedigung die Anstrengungen Boliviens zur Kenntnis, einen demokratischen und konstitutionellen Prozeß wiederherzustellen, der es dem Volk dieses Landes ermöglichen soll, seine legitimen Rechte und seine Freiheit wieder auszuüben (23).

71. Sie hoben die Bedeutung der Sache der Demokratie in der Region hervor und forderten die Mitglieder der Bewegung auf, Unterstützung und Solidarität für die Konsolidierung des demokratischen Prozesses in Bolivien walten zu lassen und die Maßnahmen, die es für seine wirtschaftliche Entwicklung ergriffen hat, zu unterstützen (24).

72. In Erinnerung an die IV., V. und VI. Konferenz der Staats- und Regierungschefs, die die Solidarität mit den sozialen und ökonomischen Umwandlungen des damaligen chilenischen Präsidenten Salvador Allende bekundet hatten, ebenso wie die entsprechenden Entscheidungen der Ministerkonferenzen und Koordinationsbürotreffen, forderten die Minister die Verwirklichung der Resolution der 37. Generalversammlung der Vereinten Nationen bezüglich Chile und bekräftigten ihre Solidarität mit den legitimen Erwartungen des chilenischen Volkes auf Wiederherstellung seiner Freiheit und der fundamentalen Menschenrechte und der von Salvador Allende verfolgten Politik der Blockfreiheit (25).

73. Die Minister bedauerten außerdem die ständig wachsenden Beziehungen zwischen den chilenischen Behörden und dem rassistischen Regime Südafrikas und dem zionistischen Regime (26).

74. Die Minister beobachteten mit tiefem Bedauern, daß einige lateinamerikanische Länder die Aufrufe der Blockfreien zum Abbruch aller Beziehungen mit dem rassistischen Regime Südafrikas nicht gefolgt sind. Die Aufrechterhaltung jedweder Bezie-

hung mit dem Apartheid-Regime steht im Gegensatz zur Politik der Bewegung, deren eines fundamentales Ziel der vollständige Boykott der kriminellen rassistischen Regierung Südafrikas ist. Die Minister forderten deshalb erneut die lateinamerikanischen Länder auf, die immer noch politische und militärische Beziehungen zu Südafrika unterhalten, diese unverzüglich abubrechen (27).

75. Die Minister drückten ihre tiefe Besorgnis über anhaltende Berichte über die Versuche einiger lateinamerikanischer Länder aus, eine sogenannte "Südatlantische Verteidigungsorganisation" (SATO) in Verbindung mit dem rassistischen Regime von Pretoria zu bilden (28).

76. Die Minister machten darauf aufmerksam, daß solch eine militärische Allianz mit Südafrika die Sicherheit Afrikas, den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit gefährden und die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft gefährden würde, die Unabhängigkeit Namibias und die Befreiung von Südafrika zu erreichen (29).

77. In diesem Zusammenhang forderten die Minister die betroffenen lateinamerikanischen Staaten auf, jeden Versuch einer Gründung der SATO unter Einbeziehung Südafrikas zurückzuweisen (30).

78. Die Minister begrüßten die materielle und politische Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen Namibias und Südafrikas durch einige lateinamerikanische Länder. Sie forderten alle Länder Lateinamerikas und der Karibik wie alle anderen Mitglieder der Bewegung Blockfreier Staaten auf, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um die baldige Verwirklichung der Resolution 435 (1978) des Weltsicherheitsrates über Namibia zu gewährleisten, und bekräftigten ihre Zurückweisung der Verbindung, die die US-Regierung zwischen der Unabhängigkeit Namibias und dem Rückzug der kubanischen Truppen aus Angola hergestellt hat.

79. Die Minister luden alle Länder der Region ein, aktiv an der nächsten internationalen Konferenz zur Unterstützung des Kampfes des Volkes von Namibia im April 1983 in Paris sowie an der internationalen Konferenz zur Unterstützung der Frontstaaten im April 1983 in Lissabon teilzunehmen.

80. Die Minister nahmen zur Kenntnis, daß die lateinamerikanischen Länder zusammen mit anderen blockfreien Staaten eine bedeutende Rolle im Prozeß der multilateralen Verhandlungen zur Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung gespielt haben, bedeutende Initiativen zur Abrüstung gefördert und Maßnahmen zur vollständigen Nutzung aller Land- und Meeresressourcen ergriffen und verstärkt haben.

81. Die Minister wiesen auf die Existenz einer Zone in Lateinamerika hin, in der Nuklearwaffen durch den von 22 lateinamerikanischen Staaten unterzeichneten Vertrag von Tlatelolco verboten sind. Aber sie gehen davon aus, daß diese Vereinbarungen nicht wirksam sind, solange nicht Bedingungen geschaffen sind, die es allen lateinamerikanischen Staaten ermöglichen, ihn zu unterzeichnen und zu ratifizieren und bis alle Atomkräfte ihn respektieren. Die Minister riefen alle Staaten auf, die internationale Verantwortung für die nicht-souveränen Territorien der Region tragen, das Zusatz-Protokoll von Tlatelolco zu ratifizieren, damit diese Territorien ebenfalls unter den Schutz des Vertrages von Tlatelolco gestellt werden (31).

82. In dieser Hinsicht nahmen die Minister die Stellungnahmen der Republik Argentinien während der 37. Generalversammlung zur Kenntnis, in denen von der Einführung von Nuklearwaffen durch das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland in das Gebiet der Malwinen, Süd-Georgien- und Süd-Sandwich-Inseln berichtet wurde (32).

83. Die Minister hoben die besondere Bedeutung hervor, die die Tatsache hat, daß das außerordentliche Treffen des Koordinationsbüros im gleichen Jahr in Lateinamerika und der Karibik abgehalten wurde, indem sich zum 200. mal der Geburtstag von Simon

Bolivar jährt, dem Befreier, Symbol des Kampfes für lateinamerikanische Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Einheit (33).

84. Unter Berücksichtigung der wichtigen Rolle, die Indien seit der Gründung der Bewegung gespielt hat, betonten die Minister die besondere Bedeutung, daß Neu Delhi der Tagungsort des 7. Gipfeltreffens ist und drückten ihre Anerkennung und Dankbarkeit der durch Premierministerin Indira Ghandi geführten Regierung für die in so kurzer Zeit für den Gipfel getroffene Maßnahmen aus.

85. Die Minister drückten ihre Zuversicht darüber aus, daß das 7. Gipfeltreffen einen hervorragenden Beitrag zur Stärkung der internationalen Rolle und des Einflusses der Bewegung in der Weltpolitik leisten wird.

Quelle: Extraordinary Ministerial Meeting of the Coordinating Bureau of the Non-Aligned Countries on Latin America and the Caribbean, Final Communiqué, Managua, Nicaragua, 10-14 January 1983, gedruckt in Havanna. - Die Übersetzung erfolgte nach der spanischen Fassung in Barricada, 16. Januar 1983. - Die Länderangaben in den Fußnoten geben Auskunft darüber, welche Länder zu den einzelnen Paragraphen Vorbehalte angemeldet haben. Sofern diese begründet wurden, sind sie in der englischen Quelle enthalten, die oben angegeben ist.

Fußnoten

- (1) Zaire
- (2) Bangladesh, Kamerun, Zaire
- (3) Togo
- (4) Bangladesh, Kamerun, Obervolta
- (5) Bangladesh, Kamerun, Obervolta
- (6) Peru
- (7) Peru, Zaire
- (8) Kamerun, Peru, Obervolta, Zaire
- (9) Bangladesh, Kamerun, Peru, Obervolta
- (10) Bangladesh, Kamerun, Obervolta
- (11) Kamerun
- (12) Bangladesh, Bhutan, Botswana, Kamerun, Indien, Marokko, Oman, Pakistan, Sri Lanka, Sudan, Togo, Obervolta, Zaire
- (13) Peru
- (14) Peru
- (15) Bangladesh, Singapur, Somalia, Sudan
- (16) Bangladesh, Kamerun, Singapur, Somalia, Obervolta, Zaire
- (17) Belize
- (18) Belize, Bhutan, Botswana, Kamerun, Ghana, Guyana, Jordanien, Oman, Singapur, Sri Lanka, Sudan, Togo, Obervolta
- (19) Bangladesh, Belize, Bhutan, Botswana, Ghana, Guyana, Jordanien, Oman, Singapur, Sri Lanka, Sudan
- (20) Belize, Bhutan, Ghana, Jordanien, Oman, Singapur, Sri Lanka, Sudan, Surinam
- (21) Bangladesh, Belize, Bhutan, Ghana, Jordanien, Malediven, Oman, Singapur, Sri Lanka, Sudan
- (22) Peru, Sudan
- (23) Peru
- (24) Peru
- (25) Bangladesh, Oman, Obervolta, Zaire
- (26) Bangladesh, Oman, Obervolta, Zaire
- (27) Peru
- (28) Peru
- (29) Peru
- (30) Peru
- (31) Peru
- (32) Malediven
- (33) Zaire

"DIE USA FÜHREN IN KEINER WEISE EINEN MILITÄRISCHEN FELDZUG GEGEN GRENADA ..."

Ein in Managua verbreitetes US-amerikanisches Dokument (1)

Hintergrundmaterial zum Einbringen auf dem Treffen des Koordinationsbüros der Blockfreien in Managua.

Falkland-Inseln

Die Vereinigten Staaten sind in der Frage der Souveränität der Inseln immer neutral geblieben, sie haben sich für eine friedliche Lösung des Konfliktes durch Verhandlungen oder andere Wege der friedlichen Regelung in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Zielen der Charta der Vereinten Nationen eingesetzt.

Beim Ausbruch des tragischen Konfliktes unternahmen die Vereinigten Staaten verstärkte Anstrengungen, beide Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen, sie unterstützten die Beschlüsse 502 und 505 des Sicherheitsrates, deren wesentliche Elemente Grundlage einer Verhandlungslösung bleiben.

Die Vereinigten Staaten unterstützen die UNGA = United Nations General Assembly und die OASGA = OAS General Assembly, Beschlüsse von 1982 zur friedlichen Lösung des Konfliktes.

Mittelamerika

Als Antwort auf das wachsende Interesse der Zentralamerikaner, die Anstrengungen für regionalen Frieden und Demokratie zu vereinigen, rief Costa Rica am 4. Oktober in San José eine Konferenz von neun demokratischen Staaten (Costa Rica, Honduras, El Salvador, Panama, Dominikanische Republik, Kolumbien, Jamaica, Vereinigte Staaten, Belize) ein. Die Abschlußakte der Konferenz forderte jeden Staat der Region auf, Maßnahmen durchzuführen, die die Länder zur Erhaltung des Friedens in Mittelamerika für unabdingbar halten:

1. Nationale Versöhnung unter demokratischen Rahmenbedingungen,
2. Anerkennung des Prinzips der Nichteinmischung,
3. Beendigung des Waffenhandels mit und Einstellen ausländischer Unterstützung für den Terrorismus,
4. Kontrolle der Grenzen unter Bedingungen, die auf Gegenseitigkeit und Überprüfbarkeit beruhen, einschließlich internationaler Überwachung,
5. Rückzug von fremden Truppen und Militär- und Sicherheitsberatern unter Bedingungen effektiver Gegenseitigkeit,
6. Einhaltung aller Importe schwerer Offensivwaffen.

Die Konferenz setzte ein "Forum für Frieden und Demokratie" ein, um verschiedene Friedensvorschläge zu analysieren, und beschloß, ein Büro zu eröffnen, das technische Hilfe für Wahlen an Länder bereitstellen soll, die dies wünschen. Costas Anstrengungen, die Schlußakte mit Nicaragua zu diskutieren, sind bisher an der Forderung Nicaraguas gescheitert, daß jedes Treffen lediglich mit "bilateralen Problemen" befaßt sein sollte.

Die Erklärung von San José ist ein umfassendes Dokument, das sich mit der mittelamerikanischen Situation nicht als Einzelproblem, sondern als Ganzes befaßt, anders als es der Mexico-Venezuela-Vorschlag vom September 1982 für bilaterale Gespräche zwischen Honduras und Nicaragua vorsieht.

El Salvador

El Salvador ist dabei, eine Reihe tiefliegender politischer und wirtschaftlicher Probleme zu lösen, während es einer bewaffneten und radikalisierten Linken gegenübersteht, die von Cuba und Nicaragua organisiert, unterstützt und versorgt wird. Im März dieses Jahres führte die Regierung El Salvadors Wahlen für die Verfassunggebende Versammlung durch. Mehr als 85% der wahlberechtigten Salvadorianer nahmen an der Wahl teil, und eine Regierung der Nationalen Einheit, geführt von dem Unabhängigen Alvaro Magana wurde gebildet, bis die Präsidentschaftswahlen zu Beginn des Jahres 1984 durchgeführt werden.

Die Situation in El Salvador verbessert sich. Im August stimmten die wichtigsten Parteien der Verfassunggebenden Versammlung dem APANECA-Pakt zu, der die Errichtung eines besonderen Friedens, der Menschenrechte und politischer Kommissionen forderte. Präsidentschaftswahlen sind bereits zu einem Termin vorgesehen, der nicht später als der 28. März 1984 liegen sollte. Die Agrarreform wird weiter fortgeführt: Seit den Wahlen sind mehr als 6.000 neue vorläufige und gesicherte Anspruchstitel der vergebenden Rechtsansprüche auf Land auf 33.221 vergrößert, wovon mehr als 364.000 Personen profitieren.

Die Nationale Befreiungsfront "Farabundo Martí" FMLN besteht aus fünf Gruppen, die in Kuba und Nicaragua und anderen kommunistischen und radikalen Staaten trainiert und bewaffnet werden und entschlossen sind, mit Gewalt das zu erreichen, was sie an der Wahlurne nicht gewinnen können. Der Guerilla-Bewegung gelang der "allgemeine Aufstand" im Januar 1981 nicht, ebensowenig die Verhinderung der Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung 1982. Ihre zivilen Verbündeten, die Demokratische Revolutionäre Front (FDR), weigerte sich, an der Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung teilzunehmen.

Am 26. Oktober verkündete Guillermo Ungo, Präsident der FDR einen Fünf-Punkte-Vorschlag zu Gesprächen ohne Vorbedingungen zwischen der FDR/FMLN einerseits und verschiedenen Teilen der salvadorianischen Regierung andererseits, einschließlich des Militärs.

Die salvadorianische Regierung weigerte sich öffentlich, an einem solchen Dialog teilzunehmen, wiederholte aber ihren Wunsch, daß die FMLN/FDR in den demokratischen Prozeß eintreten und an den anberaumten 1984-Wahlen teilnehmen solle. Präsident Magana ist derzeit dabei, eine Friedenskommission zu bilden, um die politische Versöhnung zu erleichtern.

Trotz dieser Schritte fahren die FMLN/FDR fort, ihre Sache mit bewaffneter Gewalt zu verfolgen. Sie erhalten hierfür militärische Ausrüstung und Unterstützung aus ausländischen Quellen, wie Kuba und Nicaragua. Wie in den März-Wahlen bewiesen wurde, erfreuen sie sich nicht der Unterstützung der Bevölkerung. Dennoch wollen sie als gleichberechtigte Partner mit der Regierung verhandeln, ein Ansinnen, das keine Regierung der Welt akzeptieren würde.

El Salvador entwickelt demokratische Institutionen, ein Prozeß, der für alle offen ist. Das Beharren der FMLN/FDR auf Verhandlungen isoliert sie nur von der demokratischen Hauptströmung.

Nicaragua

Die Situation in Nicaragua verschlechtert sich. In den vergangenen Monaten hat die sandinistische Regierung repressive Angriffe auf die nicaraguanische Presse, auf die katholische Kirche, auf Indianer und andere Nationalitäten-Gruppen und unabhängige gewerkschaftliche und politische Organisationen begonnen.

Nicaragua fährt fort, seinen militärischen Apparat auszubauen, der bereits der größte in Mittelamerika ist. Nicaragua versucht bereits seit 1980, die Regierung in El Salvador zu stürzen. In jüngster Zeit haben sich die destabilisierenden Aktivitäten Nicaraguas auf Honduras und Costa Rica ausgedehnt. In seinem "August-Weißbuch" legte der Außenminister von Costa Rica die Verantwortung der nicaraguanischen Botschaft für den Bombenanschlag auf das Büro einer honduranischen Fluggesellschaft in San José im Juli im einzelnen dar.

Der honduranische Außenminister veröffentlichte ebenfalls eine Liste von über 35 Grenzverletzungen durch nicaraguanische Streitkräfte während der ersten acht Monate von 1982. Nicaragua fährt mit der Unterstützung bewaffneter Guerillabewegungen in El Salvador und Guatemala und terroristischer Gruppen in Costa Rica und El Salvador fort, indem es ihnen Befehls- und Kontrollstellen, Material, Hilfe bei der Propaganda-Ausbildung und Ausfallstellungen zur Verfügung stellt. Bis heute hat Nicaragua konkrete Vorschläge, den Frieden im Gebiet von Honduras und der Zentralamerikanischen Demokratischen Gemeinschaft (Costa Rica, Honduras und El Salvador - alles gewählte Regierungen) wiederherzustellen, abgelehnt.

Die Vereinigten Staaten versuchen nicht, die Regierung Nicaraguas zu stürzen. Es gibt weder eine wirtschaftliche Blockade gegen Nicaragua noch eine Verleumdungskampagne. Während der vergangenen Jahre machten die USA verschiedene ernsthafte Vorschläge, um die bilateralen Beziehungen zu verbessern und regionale Spannungen abzubauen. Jedoch weigerte sich Nicaragua, die Vorschläge inhaltlich zu beantworten und zog stattdessen rhetorische Erwiderungen vor, verbunden mit Anklagen über US-Missetaten.

Die USA führen in wiederkehrenden Abständen militärische Übungen mit anderen Ländern in verschiedenen Gebieten der Welt durch. Im Zeitraum der vergangenen 15 Jahre haben die USA an Übungen im zentralamerikanisch-karibischen Gebiet teilgenommen. Diese Übungen richteten sich weder gegen Nicaragua noch gegen irgendein anderes Land. Die Vereinigten Staaten führten eine solche Übung 1981 durch. Damals informierten sie die nicaraguanische Regierung und ersuchten sie, einen Beobachter zu entsenden, ein Angebot, das Nicaragua ablehnte.

Panama-Kanal - Vertrag und Öffentliches Gesetz 96-70

Die Vereinigten Staaten haben der panamaischen Regierung wiederholt erklärt, daß nichts im Öffentliches Gesetz 96-70 (nicht ratifizierter Vertrag) die volle Erfüllung ihrer Verpflichtungen entsprechend dem Panama-Kanal-Vertrag ausschließt. Das Verhalten der USA wird in Übereinstimmung mit beiden Dokumenten stehen.

Die USA sind bis zu diesem Tage allen Verpflichtungen des Vertrages nachgekommen und haben ihre Absicht klargemacht, den Vertrag voll zu erfüllen. Die USA sind bereit, mit Panama jeden Vorbehalt, den es in dieser Frage haben mag, zu diskutieren.

Grenada

Grenada verfolgt eine Außenpolitik, die in enger Bindung an die Sowjetunion und Kuba steht.

Trotz der schwachen Beziehungen zwischen Grenada und den USA sind Anschuldigungen unbegründet, daß die USA an destabilisierenden Aktionen gegen die Regierung von Grenada beteiligt sind. Die USA vollziehen keinen ökonomischen Boykott gegen Grenada. Die Probleme, denen Grenada ausgesetzt ist und die seine Stabilität bedrohen, gehen weitgehend auf seine eigene Politik zurück. Sie resultieren aus ihrer starken Liebenschaft mit dem Sozialismus, die nicht auf allgemeinen Rückhalt trifft. Sie resultieren aus einem autoritären Regierungsstil, aus Mißbräuchen der verfassungsmäßigen Rechte und aus begrenzter ökonomischer Leistungsfähigkeit.

Diese Faktoren haben zur Entfremdung eines Teils der Bevölkerung geführt und haben Grenada für ausländische Touristen und Investoren unattraktiv gemacht, beides stellen die primären Einkommensquellen für Grenadas Wirtschaft dar.

Die Vereinigten Staaten führen in keiner Weise einen militärischen Feldzug gegen Grenada, noch wollen sie das Land besetzen. Seit Jahren führen die Vereinigten Staaten mit anderen befreundeten Regierungen regelmäßige Manöver in der Nachbarschaft von Puerto Rico durch.

Wie jedes andere Land haben auch die Vereinigten Staaten das Recht zu bestimmen, welche Länder Empfänger ihrer Hilfe sein sollen. Über diplomatische Kanäle tauschen die USA häufig Standpunkte mit Ländern aus, mit denen sie in enger Verbindung stehen. Nach einem solchen Meinungs austausch bleibt es den Ländern frei, so zu handeln, wie sie es für richtig halten.

Point Salinas Flughafen: Grenada begann 1979 den Bau eines großen und hochentwickelten internationalen Flughafens, der in keinem Verhältnis zu seinen derzeitigen oder vorhersehbaren kommerziellen Bedürfnissen steht und eine starke Belastung seines Investitionsbudgets darstellt. Die geplante Startbahn mit 9.800 Fuß Länge übersteigt bei weitem die Forderungen kommerzieller Nutzung, ist aber für hochentwickelte Militärflugzeuge wie Truppentransportern und Kampfflugzeuge geeignet. Grenadas Führung hat nicht in einem so genügenden Maße für Klarheit gesorgt, daß nicht angenommen werden müßte, der Flughafen solle nicht für militärische Zwecke genutzt werden. Angesichts der Größe seiner bewaffneten Streitkräfte ist zweifelhaft, daß der Flughafen ausschließlich von Grenada genutzt wird.

Kuba

Die Vereinigten Staaten haben ein Handelsembargo gegen Kuba aufrechterhalten, das sie erst vor kurzem zu mildern suchten.

Kuba nutzt das Embargo als eine Entschuldigung für seine eigenen schwachen ökonomischen Leistungen, die trotz massiver sowjetischer Hilfe von über 3 Milliarden Dollar pro Jahr (ein Viertel von Kubas gesamtem Bruttosozialprodukt) einen Fehler darstellen. Schlechtes wirtschaftliches Management, Ineffektivität und die Abhängigkeit von der Zucker-Monokultur sind die wahren Gründe für Kubas Situation.

Es gibt keine US-"Blockade" gegen Kuba. Das Embargo zielt darauf ab, die Kosten für Kubas Unterstützung von gewalttätigen Übergriffen und Subversionen gegen die legitimen Regierungen der Hemisphäre zu erhöhen.

Diese Regierungen sind über Kubas Aktivitäten in ihren Ländern besorgt und haben um amerikanische Hilfe gebeten, die ihrer Sicherheit und ihren ökonomischen Bedürfnissen dienen und ihre demokratischen Institutionen stärken soll.

Die wirtschaftlichen und diplomatischen zwischenstaatlichen Bindungen, die Kuba in den 70er Jahren in dieser Region mit Eifer aufgebaut hat, haben Schaden erlitten, was auf Kubas eigene Handlungsweise und nicht auf amerikanische Politik oder amerikanischen Druck zurückgeht. Die Länder der Region, die die Beziehung zu Kuba aufgegeben oder auf Eis gelegt haben, haben dies getan, um ihre eigenen Interessen zu verteidigen.

Das Symms-Amendment(2) zielt nicht darauf ab, Kuba oder irgendein anderes Land der Hemisphäre zu bedrohen. Es ist eine Bekräftigung der Politik, die bereits von sechs vorhergehenden amerikanischen Regierungen verfolgt wurde. Es macht die amerikanische Absicht klar, den Nationen zu helfen, die durch von Kuba unterstützte Guerilla-Aktivitäten und andere Formen der Subversion dazu gezwungen sind, sich selbst zu verteidigen und das Recht auf Selbstbestimmung zu wahren.

Die Vereinigten Staaten haben nach dem Kohle- und Marinebasen-Vertrag von 1903 und dem General Relations Treaty von 1934 ein legales Recht, in Guantánamo-Bay zu sein. Diese Verträge stellen fest, daß sie in Kraft bleiben, bis beide Seiten darüber Einverständnis erzielen, sie zu beenden oder zu verändern. Die Vereinigten Staaten sehen diese Vereinbarung als bindend an.

Anmerkungen

- (1) Dieses Dokument, durch die Botschaft der Vereinigten Staaten unter Mitgliedern der Bewegung in Umlauf gebracht, ist auf Ersuchen des kubanischen Vertreters im Redaktionsausschuß vervielfältigt worden.
- (2) Zum Symms-Amendment, verabschiedet im amerikanischen Senat im August 1982: Dieser Beschluß forderte die amerikanische Regierung auf, "mit allen notwendigen Mitteln, einschließlich Waffen-Einsatz, das marxistisch-leninistische Regime in Kuba daran zu hindern, durch Gewalt oder Androhung von Gewalt seine aggressiven oder subversiven Aktivitäten auf irgendeinen Teil dieser Hemisphäre auszudehnen." Diese Resolution hat keine Rechtsverbindlichkeit. Quelle: F. Nuscheler, Reaganism und Dritte Welt, in: Jahrbuch Dritte Welt 1 (München, 1983), S. 79.

TEILNAHME LATEINAMERIKAS IN DER BEWEGUNG DER BLOCKFREIEN

	Belgrad 1961	Kairo 1964	Lusaka 1970	Algier 1973	Colombo 1976	Havanna 1979	Neu Delhi 1983
Antigua & Barbuda	-	-	-	-	-	-	B
Argentinien	-	B	B	M	M	M	M
Barbados	-	-	B	B	B	B	M
Belize (1)	-	-	-	-	S	S	M
Bolivien	B	B	B	B	B	M	M
Brasilien	B	B	B	B	B	B	B
Chile (2)	-	B	B	M	-	-	-
Costa Rica	-	-	-	-	-	B	B
Dominica	-	-	-	-	-	B	B
Dominikan. Rep.	-	-	-	-	-	-	G
Ekuador	B	-	B	B	B	B	M
El Salvador	-	-	-	-	B	B	B
Grenada	-	-	-	-	B	M	M
Guyana	-	-	M	M	M	M	M
Jamaika	-	B	M	M	M	M	M
Kolumbien	-	-	-	-	-	B	M
Kuba	M	M	M	M	M	M	M
Mexiko	-	B	-	B	B	B	B
Nicaragua	-	-	-	-	-	M	M
Panama	-	-	-	B	M	M	M
Peru	-	-	B	M	M	M	M
St. Lucia	-	-	-	-	-	B	M (3)
Surinam	-	-	-	-	-	M	M
Trinidad & Tobago	-	B	M	M	M	M	M
Uruguay	-	B	B	B	B	B	B
Venezuela	-	B	B	B	B	B	B

M = Mitglieder
 B = Beobachter
 G = Gast

- (1) Belize nahm 1976 und 1979 mit einem Sonderstatus teil, der das Rederecht einschloß.
 (2) Chile verzichtete nach dem Sturz Allendes, wurde aber auch nicht mehr eingeladen.
 (3) St. Lucia nahm an der Gipfelkonferenz in Neu Delhi nicht teil. Gründe sind unbekannt.

Zu diesen Staaten kommen folgende Organisationen, die an den Konferenzen der Blockfreienbewegung als Beobachter oder Gäste teilnehmen:

- * Sozialistische Partei Puerto Ricos, 1973 G, 1976, 1979 und 1983 B
- * ECLA = Economic Commission for Latinamerica
- * OLADE = Organización Latinoamericana de Energica
- * SELA = Sistema Económico Latinoamericano

Die drei zuletzt genannten Organisationen hatten in Havanna Gaststatus.

MITGLIEDSKRITERIEN DER BEWEGUNG DER BLOCKFREIEN

(Verabschiedet in Kairo, Juni 1961 und wörtlich auf der 6. Gipfelkonferenz in Havanna bekräftigt.)

- (I) Das Land muß eine unabhängige Politik, gegründet auf die Koexistenz der Staaten mit unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systemen und auf der Blockfreiheit führen oder seine Bereitschaft zur Führung einer solchen Politik erklären.
- (II) Das betreffende Land muß konsequent die nationalen Befreiungsbewegungen unterstützen.
- (III) Das Land darf nicht Mitglied eines multilateralen Militärbündnisses sein, das im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen zwischen Großmächten abgeschlossen wurde.
- (IV) Wenn ein Land eine bilaterale militärische Abmachung mit einer Großmacht eingegangen oder Mitglied eines regionalen Verteidigungspaktes ist, darf die Abmachung oder der Pakt nicht ausdrücklich im Zusammenhang mit einer Auseinandersetzung zwischen Großmächten abgeschlossen sein.
- (V) Sofern auf dem Territorium des Landes militärische Stützpunkte bestehen, darf deren Errichtung nicht im Kontext einer Auseinandersetzung zwischen Großmächten sein.

Quelle: Schlußdeklaration von Havanna, §16, in: Internationale Politik (Belgrad), No. 707, S. 17.

ENTWICKLUNG UND REGIONALE VERTEILUNG

DER VOLLMITGLIEDER DER BEWEGUNG BLOCKFREIER STAATEN (1961-1983)

	Belgrad 1961	Kairo 1964	Lusaka 1970	Algier 1973	Colombo 1976	Havanna 1979	Neu Delhi 1983
Asien (ohne arab. Staaten)	7	8	8	13	15	17	17
Arab. Staaten	9	13	13	18	19	19	19
Afrika südl. der Sahara	6	23	26	34	41	45	45
Lateinamerika	1	1	4	7	7	11	17
Europa	2	2	2	3	3	3	3
Summe	25	47	53	75	85	95	101

BEHANDLUNG LATEINAMERIKANISCHER FRAGEN AUF DEN GIPFELKONFERENZEN DER BLOCKFREIEN

(Aus: Robert K. Furtak, Lateinamerika und die Bewegung der Blockfreien. Zur Frage einer Solidarisierung Lateinamerikas mit Afrika und Asien, in: Arbeitsunterlagen und Diskussionsbeiträge Nr. 9, Institut für Ibero-Amerikakunde, Hamburg, Oktober 1980, S. 7-11).

Auf der Gründungs- bzw. 1. Gipfelkonferenz der Blockfreien wurde festgestellt, "daß es auch in Lateinamerika akute friedensgefährdende Situationen" gäbe: Waren doch rund fünf Monate zuvor mit US-amerikanischer Unterstützung Exilkubaner auf Kuba gelandet, um das Castro-Regime zu stürzen. Sie forderten denn auch, daß Kuba bei der Bestimmung seiner politischen und gesellschaftlichen Ordnung frei sein sollte. Ferner verlangten sie die Räumung Guantánamos und damit die Beseitigung jeglicher Einschränkung der territorialen Integrität Kubas.

Auf der im Oktober 1964 stattfindenden 2. Gipfelkonferenz von Kairo ... verurteilten die Blockfreien alle Erscheinungen des Kolonialismus und Neokolonialismus in Lateinamerika; forderten sie Großbritannien auf, Britisch Guayana in die Unabhängigkeit zu entlassen und den karibischen Inseln Selbstverwaltung einzuräumen; riefen sie die USA auf, mit Kuba in Verhandlungen über die Räumung Guantánamos einzutreten, und begrüßten die lateinamerikanischen Bemühungen um Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone.

... 3. Gipfelkonferenz vom September 1970 in Lusaka (Sambia) ... Wie die auf der Konferenz angenommene "Erklärung über Blockfreiheit und wirtschaftlichen Fortschritt" zeigt, legten die Blockfreien starken Akzent auf wirtschaftliche Fragen. Dies förderte das Interesse Lateinamerikas an der Bewegung, die sich wiederum dessen "ökonomische Sachkompetenz" - sowohl in Form theoretischer Konzepte als auch praktischer Erfahrungen, insbesondere mit den USA - nutzbar machen konnte.

Die 4. Gipfelkonferenz von Algier vom September 1973 sah Argentinien, Chile und Peru als neue Vollmitglieder sowie Panama als weiteren Beobachter, denen in der "Politischen Erklärung" Unterstützung für ihren innenpolitischen Kurs zugesagt wurde. Maßnahmen lateinamerikanischer Länder zur Bekräftigung ihrer Souveränität durch Erlangung der Verfügungsgewalt über ihre natürlichen Ressourcen und solche zur Gewährleistung der für ihre Entwicklung unerläßlichen strukturellen Veränderungen fanden ein positives Echo.

... 5. Gipfelkonferenz von Colombo im August 1976... Die in Colombo verabschiedete "Politische Erklärung" widmete "lateinamerikanischen Fragen" einen eigenen Abschnitt. Auf Initiative Kubas wurde Lateinamerika darin zu einer derjenigen Regionen in der Welt erklärt, die "am stärksten unter der Aggression des Kolonialismus und des Imperialismus gelitten" haben. Versuche der USA, die Regierungen von Guayana, Jamaika und Barbados durch Attacken der Massenmedien, "selektiven Verkauf" von Waffen, Anheizung innerer Konflikte zu "destabilisieren", und die Blockade Kubas durch die USA wurden schärfstens verurteilt. Puerto Rico und Belize wurden Unterstützung im Kampf um Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, Panama Beistand für dessen Forderung nach völliger Rechtshoheit über die Kanalzone zugesichert. Weiterhin wurden Solidarität mit dem chilenischen Volk zum Ausdruck gebracht, die Auflösung der US-Stützpunkte in Kuba, Panama und Puerto Rico gefordert, Argentinien Anspruch auf die Falkland-Inseln bekräftigt und die Gründung der SELA begrüßt. Schließlich wurden die Maßnahmen Ecuadors, Venezuelas, Kolumbiens, Panamas, Mexikos und anderer Länder zur Rückgewinnung der Kontrolle über ihre natürlichen Ressourcen unterstützt sowie das US-Handelsgesetz von 1974 wegen seiner diskriminierenden Bestimmung gegenüber Ländern, die sich an Produzentenkartellen beteiligen, - wie Venezuela und Ecuador an der OPEC - verurteilt.

Nach zwei Ministerkonferenzen der Blockfreien in Lateinamerika, in Georgetown (August 1972) und Lima (August 1975) und einer Tagung des Koordinationsbüros in Havanna (März 1975) fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna die 6. Gipfelkonferenz statt. Mit

der Veranstaltung einer solchen Konferenz auf lateinamerikanischem Boden wurde der wachsenden Zahl der lateinamerikanischen Mitgliedstaaten und den von den Blockfreien als antiimperialistisch perzipierten Wandlungen auf dem amerikanischen Kontinent Rechnung getragen, die sich nicht zuletzt in der Aufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Kuba und der einmütigen Unterstützung Panamas im Hinblick auf eine Revision des Kanalvertrages manifestierten. Hinzu kam insbesondere auch das antiimperialistische Image und das trotz mitunter geäußerter Kritik an den militärischen Interventionen in Afrika gewachsene Prestige Kubas in der Bewegung der Blockfreien.

Das stetig wachsende Interesse Lateinamerikas an der Bewegung der Blockfreien und deren Bestrebungen nach möglichst vollständiger Einbeziehung aller Länder der Dritten Welt schlug sich in der Konferenz von Havanna darin nieder, daß insgesamt elf lateinamerikanische Staaten als Vollmitglieder und zwölf als Beobachter an ihr teilnahmen... Fidel Castro als Gastgeber der Gipfelkonferenz wurde für drei Jahre mit dem Vorsitz in der Bewegung betraut.

Wie schon in Colombo, so fanden auch im politischen Teil der Schlußdeklaration von Havanna lateinamerikanische Fragen breite Beachtung: U.a. wurde die US-amerikanische Präsenz auf Kuba und Puerto Rico erneut verurteilt; für die Bevölkerung Puerto Ricos, Belizes und der französischen Departments das Recht auf Selbstbestimmung gefordert; Grenada Beistand gegen Versuche zur Destabilisierung seiner Regierung zugesagt; Chile zur Wahrung der Menschenrechte aufgefordert. Die Forderung Boliviens, das nach der Ablösung des Militärregimes der Bewegung beigetreten war, nach einem Zugang zum Pazifik wurde bekräftigt und der neuen Regierung Nicaraguas Hilfe zugesagt. Einige lateinamerikanische Länder fanden auch Kritik: namentlich Chile und Paraguay wegen ihrer engen Beziehung zu Südafrika sowie Guatemala und El Salvador wegen ihrer Verbindungen zu Israel.

Ebenso wie einige Stellungnahmen der Blockfreien zu Lateinamerika nicht die Billigung aller afro-asiatischer Konferenzteilnehmer fanden, meldeten einige lateinamerikanische Vertreter Vorbehalte zu einzelnen Punkten der Deklaration und zu einigen Resolutionen an: So der bolivianische Außenminister und die UNO-Mission Surinams zur Gleichsetzung von Zionismus mit Rassismus; letztere auch zu den Konferenzbeschlüssen über Puerto Rico und die französischen Departments, zur Palästina-Frage u.a.m. Bereits in die Schlußdeklaration wurde ein Vorbehalt Argentiniens, Boliviens, Panamas und Perus aufgenommen im Hinblick auf die Verurteilung der "imperialistischen Interessen" im südlichen Pazifik dienenden Bindungen zwischen Südafrika und "einigen lateinamerikanischen Ländern".

An der 7. Gipfelkonferenz der Blockfreien in Neu Delhi nahmen 15 lateinamerikanische Länder als Vollmitglieder, acht als Beobachter und eines als Gast teil. Auch die dort verabschiedete Schlußdeklaration enthält einen umfangreichen Abschnitt zu Lateinamerika. Dieser wiederholt jedoch im wesentlichen die Beschlüsse der in Managua verabschiedeten Dokumente und wird hier deshalb nicht zusammengefaßt.

Quellen:

Die Schlußdokumente aller erwähnten Konferenzen finden sich in:

1. Schlußdeklarationen von Belgrad bis Colombo, in: Die Bewegung der Blockfreien, Archiv Dritte Welt, Bd. 4, Köln 1978
2. Schlußdeklaration von Havanna, in: Internationale Politik (Belgrad), Heft 707, 20. September 1979
3. Schlußdeklaration von Neu Delhi, in: Internationale Politik (Belgrad), wird wahrscheinlich in einer Ausgabe vom April 1983 veröffentlicht. Genaue Ausgabe war bei Redaktionsschluß dieser Dokumentation noch nicht bekannt.

LITERATUR

Die folgenden Literaturhinweise sollen die Möglichkeit geben, sich weiter mit dem Thema dieser Dokumentation auseinanderzusetzen. Weitere Informationen sind zudem bei folgenden Stellen zu erreichen:

* Dokumentationsstelle Bewegung Blockfreier Staaten, 4600 Dortmund, Weißenburger Str. 23, 0231/574057

* Informationsbüro Nicaragua e.V., Katernberger Schulweg 123, 5600 Wuppertal, 0202/760527.

I. Blockfreienbewegung allgemein

1. Archiv Dritte Welt, die Bewegung der Blockfreien, Bd. 4, Dokumente der ersten fünf Gipfelkonferenzen, Köln 1978
2. Die Blockfreien, epd-Entwicklungspolitik 7/81
3. Die Bewegung der Blockfreien, Hefte des iz3w-Dortmund, Heft 45/9179
4. Leo Mates, Es begann in Belgrad. 20 Jahre Blockfreiheit, Percha am Starnberger See 1982
5. Volker Matthies, Von der Unmoral zur Respektabilität. Zwei Jahrzehnte Bewegung der Blockfreien, in: Vereinte Nationen, Heft 6/1981, S. 183-188.

II. Blockfreiheit und Lateinamerika

1. Luis Echeverria/Milos Minic, Reo a los no-alineados, Centro de Estudios Económicos y Sociales del Tercer Mundo, Mexiko 1983
2. Robert K. Furtak, Lateinamerika und die Bewegung der Blockfreien. Zur Frage einer Solidarisierung Lateinamerikas mit Afrika und Asien, in: Arbeitsunterlagen und Diskussionsbeiträge Nr. 9, Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, Oktober 1980
3. Wolf Grabendorf, Cubas Rolle in der Blockfreienbewegung, in: Lateinamerikaberichte, Heft 4, Sept./Okt. 1979, S. 39-48
4. Peter Meyns, Kuba und die Bewegung Blockfreier Staaten, in: iz3w-Dortmund, Die Bewegung der Blockfreien, Heft 45/9179, S. 39-46

III. Zur Malwinen-Falkland-Frage

1. O. Bayer/M. Ehrke/L. Quinteros-Yanez, Überlegungen zum Falkland/Malwinen-Konflikt, in: Arbeitsunterlagen und Diskussionsbeiträge Nr 16, Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg 1982
2. Michael Ehrke, Argentinien und der Krieg im Südatlantik, in: Jahrbuch Dritte Welt 1, München 1983, S. 134-149
3. Klaus Fritsche, Die Blockfreienbewegung im Streit um die Malwinen (Falklands). Analyse und Dokumentation. Dortmund 1983, Publikation der Dokumentationsstelle Bewegung Blockfreier Staaten
4. Mariano C. Grondona, Argentinien: Ein tiefer Einschnitt, in: Europa-Archiv, 37. Jg., Folge 23, S. 698-703
5. Dokumentation zum Konflikt um die Falkland-Inseln, in: Europa-Archiv, 37. Jg., 19. Folge, D 473- D 508

DOKUMENTATIONSSTELLE BEWEGUNG BLOCKFREIER STAATEN E.V. - DORTMUND

Literatur zum Thema Bewegung Blockfreier Staaten:

1. Bibliographien zur Blockfreienbewegung
Teil I und Teil II je DM 10,00
2. Die Blockfreienbewegung im Streit um die Malwinen
(Falklands)
Analyse und Dokumentation DM 10,00
3. Klaus Fritsche
Die Bewegung Blockfreier Staaten in sowjetischer
Sicht, Februar 1982 DM 4,00
4. epd-Entwicklungspolitik, Heft 7/81
Die Bewegung der Blockfreien DM 3,00
5. Kohl, Genscher und Wischniewski zur Blockfreien-
bewegung
Interviews anlässlich des 20jährigen Bestehens der
Blockfreienbewegung 1981 DM 2,00
6. Leo Mates
Es begann in Belgrad
20 Jahre Blockfreiheit
460 Seiten DM 24,00
7. Die Bewegung der Blockfreien
Dokumente der ersten 5 Gipfelkonferenzen, Köln 1978 DM 19,80

Die o.g. Materialien sind bei der Dokumentationsstelle Bewegung Blockfreier Staaten erhältlich. Der Versand erfolgt gegen Voraus-
kasse oder Nachnahme

Bestellungen an:

Dokumentationsstelle Bewegung Blockfreier Staaten e.V.
Weißburger Str. 23
4600 Dortmund
Tel. 0231/57 40 57

Center for Constitutional Rights (CCR), New York

Zentrum für Verfassungsrechte (ZVR), New York

GEGEN RONALD WILSON REAGAN UND ANDERE

Die Klageschrift des Zentrums für Verfassungsrechte, New York, im Prozeß wegen der Intervention der USA in Nicaragua gegen Präsident Reagan, CIA-Direktor Casey, Außenminister Shultz u.a.

Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal
mit einem Geleitwort von Wolfgang Däubler

Die Übersetzung aus dem Amerikanischen besorgte Hildegard Lessmann
44 Seiten. Broschüre. Format A4. DM 6,00 (Best.-Nr. 0118)
nahua scripte 2

Aus einem Komminique des Hamburger Anwaltes Kurt Groenewold:

"Die Intervention der USA in Nicaragua ist illegal. Es handelt sich um einen nicht erklärten Krieg. Nach dem Beschluß des Kongresses, der getroffen wurde, als Präsident Ford zusammen mit Kissinger versuchte, in Angola militärisch zu intervenieren, muß eine solche Intervention vom Kongreß gebilligt werden. Außerdem widerspricht die Intervention dem Völkerrecht. Die Organisatoren sind der Präsident, der CIA und im US-amerikanischen Sold stehende Konterrevolutionäre, die von Angehörigen der US-Streitkräfte ausgebildet werden. Gegenstand der Klage ist nicht nur die Verletzung und Tötung von Personen, sondern auch das militärische Training, das in Florida, Californien und in anderen Gegenden der USA durchgeführt wird. Es handelt sich dabei um größere Lager. Deshalb sind auch Staatsbürger von Florida an der Klage beteiligt. Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses wenden sich gegen den unerklärten Krieg.

Bei den Staatsangehörigen von Nicaragua handelt es sich um Personen, von denen einige verschleppt und nach Honduras in Sonderlager verbracht wurden. Andere verloren bei den illegalen Angriffen ihre körperliche Gesundheit oder ihr Leben. Es handelt sich dabei um summarische Hinrichtungen oder um Angriffe auf die Zivilbevölkerung. Durch die Intervention der USA wurden nicht nur Staatsbürger von Nicaragua betroffen, sondern auch sonstige ausländische Staatsangehörige, darunter die Ärzte Dr. Pierre Grosjean (Frankreich) und Dr. Albrecht Pflaum (Bundesrepublik Deutschland). Die Angehörigen beider Ärzte werden sich an der Klage beteiligen."

RA Kurt Groenewold hat die Klagevertretung für die Hinterbliebenen von Pierre Grosjean und Albrecht Pflaum übernommen.

EDITION NAHUA

Veröffentlichungen zu Mittelamerika GmbH

5600 Wuppertal 1 · Postfach 10 13 20 · Tel. 0202 - 76 05 23
